

# **PRESSESPIEGEL**

## der CDU in Pankow

### April 2024

++ Tischtennisplatten und Bänke auf dem Stadtplatz Marie abgebaut ++

++ Gehwegvorstreckungen und Piktogramme nötig++

++ Braucht Berlin eine Magnetschwebebahn?++

++ Neue Hoffnung für ruinöse Villa ++


++ Nachhaltiges Quartier im Berliner Norden nimmt Formen an++

++ Hubschrauber-Lärm: So oft fliegt Pankows neuer Helikopter++

++ Geldautomat wieder aufgebaut++

++Uni entzieht den Dokortitel: Berlins Verkehrssenatorin Manja Schreiner tritt  
zurück++

++Manja Schreiner verliert Dokortitel und Amt: Berlins Verkehrssenatorin hätte  
ihren Rücktritt verhindern können++

Datum: 04.04.2024	Medium: Tagesspiegel Online
<b>DER TAGESSPIEGEL</b> 	Autor: Christian Latz, Anna Thewalt Thema: Johannes Kraft



**T+ Update / Nach Lobbyismus-Vorwurf Keiner wollte die Magnetschwebbahn angucken – bis auf die Berliner CDU**

Der VBB zog sich nach Kritik an der Fahrt zum Magnetschwebbahn-Hersteller Max Bögl zurück. Nur zwei CDU-Abgeordnete und ein Mitarbeiter reisten schließlich in die Oberfalz.

Von Christian Latz und Anna Thewalt  
04.04.2024, 17:50 Uhr | Update: 07.04.2024, 18:04 Uhr

Wir konnten uns vor Ort ein gutes Bild machen. Der Besuch hat mich darin bestärkt, dass eine Schwebbahn für Berlin sinnvoll ist“ **Johannes Kraft**

„Es gehört zur Aufgabe von Verkehrspolitikern, dass sie sich mit solchen modernen Techniken auseinandersetzen.“ Dass nur Vertreter von Schwarz-Rot und keine Oppositionsabgeordneten zu der Tour eingeladen worden seien, bezeichnete er als „nicht ungewöhnlich“. **Johannes Kraft**

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten,

schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-lobbyismus-vorwurf-keiner-will-die-magnetschwebbahn-angucken--bis-auf-die-berliner-cdu-11467253.html>

Datum: 05.04.2024	Medium: Berliner Woche Online
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## SCHLECHTER START IN DEN FRÜHLING

# Tischtennisplatten und Bänke auf dem Stadtplatz Marie abgebaut



- Die Tischtennisplatten und die Bänke sind abgebaut. Jetzt sieht es in diesem Bereich des Stadtplatzes Marie recht kahl aus.
- **Familien, die die Spiel- und Freizeitgeräte im gerade beginnenden Frühling nutzen wollen, stehen vor einer kahlen Fläche: Auf dem Stadtplatz an der Marienburger Straße sind Tischtennisplatten, Bänke, Klettergerüste und auch Schaukeln abgebaut worden, berichtet die Verordnete Stephanie Wölk (SPD).**

Warum wurde hier alles abgebaut? Mit dieser Frage wandte sich die Verordnete an das Bezirksamt. „Die Geräte wurden aufgrund fehlender Verkehrssicherheit abgebaut.“

Der Boden ist stark durchwurzelt und es bestand Unfallgefahr“, erklärt die Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, **Manuela Anders-Granitzki** (CDU). Doch so schnell wird der Platz nicht wieder neu ausgestattet. „Sobald eine Finanzierung gesichert ist, wird der Platz komplett neugestaltet“, informiert die Stadträtin. Aber: „Derzeit fehlen die haushaltstechnischen Voraussetzungen, um den Platz neu zu gestalten“, räumt sie ein.

Dabei ist dieser Stadtplatz für die rund 8500 Bewohner des Winsviertels eine wichtige grüne Oase. Noch in den 90er-Jahren stand auf dem etwa 7600 Quadratmeter großen Gelände das Rettungsamt Prenzlauer Berg. Nachdem dieses 1995 abgerissen worden war, reservierte die Stadt Berlin die Fläche als neuen Standort für eine Berufsfeuerwache. Ende der 90er-Jahre war Berlin aber finanziell so angeschlagen, dass an den Bau einer neuen Feuerwache nicht zu denken war. Eine Bürgerinitiative engagierte sich dafür, hier einen Stadtplatz anzulegen. Das Bezirksamt nahm Verhandlungen mit dem Senat über einen Zwischennutzungsvertrag auf. Dieser Vertrag konnte 1999 für zunächst zehn Jahre abgeschlossen werden.

Anwohner, Künstler, Schulen und Kitas entwickelten das Nutzungskonzept für den Platz mit. Nach mehrmonatiger Bauzeit konnte er im Mai 1999 eingeweiht werden. Ein Abenteuerspielplatz und ein Kleinkinderspielplatz waren entstanden. Ein kleines Amphitheater wurde gebaut, ein Kiezzgarten, ein Feuchtbiotop und ein Wasserlauf angelegt. Zur Straße hin entstand eine kleine Piazza mit Platanen, Bänken und Tischtennisplatten. Mit Einsatz öffentlicher Mittel konnte später noch ein Jugendspielplatz gebaut werden.

Seit seiner Eröffnung ist der Stadtplatz, der in Anlehnung an den Straßennamen „Marie“ getauft wurde, eine grüne Oase im Kiez. Weil er ein ungewöhnliches Projekt mit großer Bürgerbeteiligung ist, wurde der Stadtplatz 1999 mit dem Gustav-Meyer-Preis, 2000 mit dem Preis „Soziale Stadt“ und 2004 mit dem Europäischen Städtebaupreis ausgezeichnet.

Inzwischen nahmen Bezirksamt und Senat einen Flächentausch vor. Die neue Berufsfeuerwache soll nun an der Werneuchener Wiese entstehen, und der Stadtplatz Marie gehört dem Bezirk und ist dauerhaft als Grünfläche gesichert. Auch wenn der Stadtplatz Marie eine große Grünfläche ist, im Winsviertel gibt es immer noch ein Spiel- und Freizeitflächendefizit von 429 Quadratmetern, informiert Manuela Anders-Granitzki auf Nachfrage von Stephanie Wölk. Aufgrund der dichten Bebauung in diesem Kiez gibt es keine geeigneten Grundstücke, um dieses Defizit auszugleichen. Deshalb sollte der Stadtplatz Marie auch schnell wieder mit Spiel- und Sportgeräten sowie Bänken gestaltet werden.

Datum: 06.04.2024	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

# Werbekärtchen vermüllen Straßen

**PANKOW:** Auftraggeber und Hintermänner sind oft schwer zu ermitteln

von Bernd Wähler

**Sie sind ein Ärgernis für Autofahrer: Werbekärtchen, die hinter Scheibenwischern stecken oder in Fahrtüren klemmen. Meist soll man sein Fahrzeug an einen Gebrauchtwagenhändler verkaufen.**

Das Ordnungsamt erappte kürzlich eine Person, die ohne Erlaubnis solche Werbekärtchen an parkenden Autos anbrachte. Die unerlaubte Verteilung von Werbekarten an Kraftfahrzeugen stellt ein berlinweites Phänomen dar. Meist werden diese Kärtchen von den Fahrern abgenommen und fallengelassen. Die Verunreini-

gung des öffentlichen Raums führt immer öfter zu Beschwerden aus der Bevölkerung.

Die Person, die vom Allgemeinen Ordnungsdienst (AOD) in der Kissingenstraße beobachtet wurde, steckte Werbekärtchen an Pkw, ohne dafür eine Erlaubnis vorweisen zu können, berichtet Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU). Im Zuge der Ermittlungen gegen diese Person wurden 1659 Werbekärtchen sichergestellt und ein Ordnungswidrigkeiten-Verfahren eingeleitet. „Die Platzierung von Werbekarten an parkenden Autos stellt eine erlaubnispflichtige Verteilung von Werbematerial auf Straßen im

Sinne von Paragraf 8 Absatz 2 des Straßenreinigungsgesetzes dar“, so Anders-Granitzki. Eine solche Erlaubnis soll generell nur dann erteilt werden, wenn sich der Verteiler beziehungsweise sein Auftraggeber verpflichtet, die zu erwartende Verschmutzung der Straßen zu beseitigen beziehungsweise beseitigen zu lassen. Doch das passiert in der Regel nicht. „Eine Verteilung von Werbekärtchen ohne die erforderliche Erlaubnis stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße in Höhe von bis zu 10 000 Euro geahndet werden kann.“

Gemäß der „Zero-Waste-Strategie“ des Landes Berlin gilt es, die Abfallvermeidung konse-

quent auszubauen. Die Werbekarten entsprechen diesem Leitgedanken nicht, da die zu meist laminierten Karten nicht in den Papier-Stoffkreislauf zurückgeführt werden können, erklärt die Stadträtin.

Um wirkungsvoll gegen die Verantwortlichen beziehungsweise Auftraggeber solcher Verteilaktionen vorgehen zu können, seien umfangreiche Ermittlungen durch die Polizei oder das Ordnungsamt erforderlich. Ermittlungen allein anhand der auf den Werbekärtchen aufgedruckten Telefonnummern haben sich übrigens als wenig zielführend erwiesen, da meist anonyme Prepaid-Anschlüsse verwendet werden.

Datum: 06.04.2024	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler
	Thema: Manuela Anders-Granitzki

# Schilder, Ampel und Schranke? Egal!

**ROSENTHAL:** Bezirksamt ordnet wegen der Verstöße von Autofahrern eine Vollsperrung der Hauptstraße an

von Bernd Wähler

**Seit Juli vergangenen Jahres wechseln die Berliner Wasserbetriebe in der Hauptstraße zwei große, parallel liegende Rohre aus. Dafür ist die Hauptstraße teilweise gesperrt. Doch diese Sperrung wurde permanent von Autofahrern ignoriert. Deshalb hat das Bezirksamt jetzt durchgegriffen und eine Vollsperrung angeordnet.**

Bei den Rohren, die ausgewechselt werden, handelt es sich um eine Abwasserdruckleitung mit einem Meter Innenmaß sowie eine 50 Zentimeter dicke Trinkwasserleitung, berichtet der Pressesprecher der Berliner Wasserbetriebe, Stephan Natz. Die Baustelle auf der Hauptstraße erstreckt sich über eine Länge von 600 Metern zwischen Schönhauser Straße und Friedrich-Engels-Straße. In diesem Bereich ist die Hauptstraße während der Bauarbeiten für den Individualverkehr voll gesperrt. Nur Busse der BVG sowie Müllfahrzeuge, Feuerwehr und ähnliche Fahrzeuge, die unbedingt Grundstücke erreichen müssen, dürfen passieren.

Wie Anwohner berichten, halten sich viele Autofahrer aber nicht an die Vollsperrung. In Wild-West-Manier durchfahren sie den Bereich, für den die Sperrung angeordnet und deutlich mit Schildern gekennzeichnet wurde. „Deshalb haben wir beziehungsweise die von uns beauftragte Baufirma Bartel-Bau immer wie-

der weitere, zusätzliche Verkehrsschilder aufgestellt“, berichtet Stephan Natz. Umsonst: Autos fuhren trotzdem rechtswidrig durch den Baustellenbereich.

Deshalb wurde in Abstimmung mit der bezirklichen Straßenverkehrsbehörde Anfang März in Höhe von Aldi (Hauptstraße 119) eine Schranke installiert. Doch auch die half nichts. Anwohner beschwerten sich darüber, dass Autos diese Schranke über den Bürgersteig umkurvten und dann trotzdem durch die Baustelle fuhren. Und schließlich fanden die Bauleute eines Morgens die Schranke –umgefahren mit geknicktem Balken. Offensichtlich, so die Baufirma, war ein Lkw schlichtweg „durchgebrochen“. Der Schaden beläuft sich auf rund 800 Euro.

In Absprache mit dem Straßen- und Grünflächenamt ist die Schranke sofort erneuert worden, berichtet Stephan Natz. Doch auch diese schnelle Reaktion half nichts. Wenig später wurde die Schranke erneut umgefahren und zerstört. Ein Anwohner, der sich bei der Berliner Woche meldete, spricht von „Anarchie“: „Wir Anwohner sind resigniert und genervt“, so der Rosenthaler. Dadurch, dass Autofahrer über den Gehweg fahren, um an der Baustelle vorbeizukommen, seien unter anderem auch Kinder auf ihrem Weg zur Schule gefährdet.

Auch für das Bezirksamt ist das Verhalten der Autofahrer, die den Baustellenbereich



**Die Schranke an der Hauptstraße, die eigentlich dafür gedacht war, dass Busse oder Müllfahrzeuge durch den Baustellenbereich fahren können, wurde offenbar von einem Laster einfach zerstört.**

Foto: Berliner Wasserbetriebe/Stephan Natz


durchfahren, völlig unverständlich. „Die Verkehrssituation und die Herstellung der Verkehrssicherheit hatte es erforderlich gemacht, zusätzliche Verkehrszeichen zur Verdeutlichung der Verkehrsführung und Verkehrsverbote anzuordnen“, erklärt Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU). „Diese zusätzli-

chen Maßnahmen wurden von vielen Kraftfahrern ignoriert.“ Teilweise missachteten mehrere Kraftfahrer gleichzeitig das Rotlicht der Ampel für den Busverkehr und setzten sich selbst und den entgegenkommenden Verkehr dadurch einer erheblichen Gefahr aus, so die Stadträtin weiter. „Die Ampel wurde ausschließlich für die Regelung des Buslini-

enverkehrs angeordnet, um diesen gesichert durch die Baustelle zu führen. Für Anlieger und Anwohner sind ihre Grundstücke über die Schönhauser Straße weiterhin erreichbar.“

Da zahlreiche Autofahrer aber alle bisherigen Verkehrszeichen, die Ampel und die Schranke ignorierten, entschloss sich das Bezirksamt in Abstimmung mit der BVG nun zu einer Vollsperrung des Baustellenbereichs. „Es ist erschreckend, in welchem Ausmaß sich Fahrer hier vorsätzlich verkehrswidrig verhalten und auch vor Straftaten nicht zurückschrecken, nur um einen Umweg über die Umleitung zu sparen“, sagt Manuela Anders-Granitzki. Aufgrund der vielfach festgestellten Verstöße sowie in Folge der erneut beschädigten Schrankenanlage sah das Bezirksamt nur noch die Möglichkeit der Vollsperrung für den Baustellenbereich.

Konsequenz: Der Linienverkehr der Buslinie 124 wird für einen Teilabschnitt auf der Hauptstraße eingestellt. Die Haltestelle Hauptstraße/Friedrich-Engels-Straße wird an den Wilhelmsruher Damm verlegt und die übrigen Haltestellen bis einschließlich Schönhauser Straße/Kirchstraße werden in beide Fahrrichtungen nicht mehr bedient, informiert die Stadträtin. Die Vollsperrung der Hauptstraße gilt bis September. Dann sollen die Bauarbeiten auf der Hauptstraße abgeschlossen sein, informiert Stephan Natz.

Datum: 06.04.2024	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

# Neues Flüchtlingsheim im Nirgendwo?

Unterbringung von 1.500 Geflüchteten an der Zepernicker Straße in Buch scheint vom Tisch zu sein



FOTO: KRISTIANE SPITZ

Buswendeschleife an der Zepernicker Straße in Buch mit angrenzenden Wiesenflächen.


Ein Gerücht geht um in Buch. Es ist das Gerücht einer weiteren Flüchtlingsunterkunft. In der Zepernicker Straße. Auf der Wiese hinter der Buswendeschleife. Für 1.500 Geflüchtete. Dieses Gerücht ist mehr als nur Gerede, es beschäftigte inzwischen Planungsraumkonferenzen, die BVV Pankow, das Bezirksamt, den Senat und das Landesamt für Flüchtlinge. Bei dem Gedankenspiel handelt es sich um eine mögliche Zwischennutzung auf dem privaten Bucher Grundstück für einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren. Der Karower CDU-Abgeordnete Johannes Kraft hat diese Überlegungen öffent-

lich gemacht und Widerstand angekündigt. Kraft sagte dem »BB«: »Wir dürfen keine Ballung von Flüchtlingsunterkünften in bestimmten Kiezen und Ortsteilen zulassen, aus verschiedenen Gründen«. Zum einen werde die Infrastruktur weiter beeinträchtigt, die schon heute »mannigfaltig überfordert« sei. »Das betrifft Verkehr, Schulen, Kitas, Spielplätze, Grünanlagen.« Und es beeinträchtige in der Konsequenz den sozialen Frieden. Es werde »immer fraglicher, ob und wie ein friedliches Miteinander überhaupt gelingen kann. Denn mit einem beengten Wohncontainer ist es eben nicht getan und die

Ballung von Flüchtlingsunterkünften in einzelnen Kiezen verunmöglicht eine Integration.« Von einer neuen Flüchtlingsunterkunft in Buch hält er deshalb nichts: »Es kann doch nicht sein, dass sämtliche Probleme oder Herausforderungen, was die Flüchtlingsunterbringung angeht, am Stadtrand gelöst werden sollen. Und jetzt gucken wir mal über Buch hinaus: Wir haben 306 Geflüchtete in Karow, 389 weitere in Buchholz«, so Kraft zum »BB«. Speziell sei der angedachte Standort völlig inakzeptabel: »Man muss sich mal den Ort an der Zepernicker Straße anschauen: Mitten im Nirgendwo, direkt am Stadtrand, ohne jede Anbindung, nur alle 20 Minuten ein Bus. Keine Schule, keine S- oder Straßenbahn, da ist nichts.«

Kraft sieht sich in seiner Ablehnung auf gleicher Wellenlänge mit Teilen des Senats, des Bezirksamts Pankow und der BVV. So ließ der Berliner Koordinator für die Unterbringung von Geflüchteten, Alfred Broemme, verlauten, er kenne zwar die Pläne. Eine »Randlage wie in Buch« sei aber »nicht zur Integration geeignet«. Melanie Bujok vom Bucher Nachbarschaftsprojekt BENN erklärte bezüglich der Zepernicker Straße: »Nach Rücksprache mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie dem Bezirksamt Pankow, sozialraumorientierte Planungscoordination, gehört Buch nicht zu den Standorten, die gerade für neue Unterkünfte geprüft werden.«

Weiter S. 3

Datum: 06.04.2024	Medium: Bucher Bote
	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

## Neues Flüchtlingsheim im Nirgendwo?

Fortsetzung von S. 1

Bereits im Februar hatte die CDU-Fraktion Pankow in der BVV einen Antrag eingereicht, in dem sie die Errichtung weiterer Unterkünfte in Buch, Karow und Französisch-Buchholz ablehnt. Der Senat müsse »die Nutzung weiterer öffentlicher und privater Grundstücke zum Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen im Ortsteil Buch u. a. aufgrund fehlender Infrastruktur« zurückweisen. Eine »Inanspruchnahme von Flächen« aus dem Außenbereich wie »insbesondere auch die Grundstücke entlang der Zepernicker Straße, die unmittelbar an der Stadtgrenze liegen und vollständig unerschlossen sind«, müsse verhindert werden. Für den Antrag sprachen sich auch die Grünen in der BVV Pankow aus. *Deren integrationspolitische Sprecherin Hannah Wettig behauptete, das Landesamt für Flüchtlinge (LAF) plane die neue Unterkunft in Buch.* LAF-Sprecherin Monika Hebbinghaus dementierte das gegenüber »BB«: »Das angebliche Projekt in der Zepernicker Straße wurde dem LAF nicht angeboten.« Genehmigende Behörde einer derartigen Flüchtlingsunterkunft auf Privatland wäre allerdings gar nicht das LAF, sondern die entsprechende Senatsverwaltung.

Frau Hebbinghaus gab dem »BB« aktuelle Zahlen. Demnach gibt es in Pankow derzeit 17 LAF-Unterkünfte mit insgesamt rund 5.900 Plätzen, von denen aktuell 5.860 belegt sind (also quasi Vollbelegung). »In der Regel sind dort Asylsuchende untergebracht, keine ukrainischen Geflüchteten.« Das bedeute konkret für unser Einzugsgebiet: »In Französisch Buchholz gibt es eine Unterkunft in der Buchholzer Str. mit 389 Plätzen. Zu Buch gehören die Gemeinschaftsunterkunft (GU) Wolfgang-Heinz-Str. (454 Plätze), die Gemeinschaftsunterkunft Groscurthstraße (580) und die Gemeinschaftsunterkunft Lindenberger Weg (502). In Karow gibt es die Aufnahmeeinrichtung (AE) Siverstorpstraße (306 Plätze). Eine neu geplante Unterkunft im Norden von Pankow ist ein Neubau einer Modularen Unterkunft (MUF) in der Kirchstraße in Rosenthal mit 320 Plätzen, das im Juli eröffnet werden soll. Außerdem wird die Einpasspla-

nung in der Wohnanlage Kavalierrstr. in Pankow (422 Plätze ab Ende 2025) realisiert.«

In ganz Berlin existieren laut LAF aktuell 35.017 Plätze für Geflüchtete (ohne ukrainische Flüchtlinge). In Pankow sind 5.860 Asylsuchende untergebracht (16,7 %), mit Abstand die meisten. Auf Platz 2 folgt Tempelhof-Schöneberg mit 4.815 (13,9 Prozent) – wegen der bis zu 3.000 auf dem Tempelhofer Feld. Platz 3 Marzahn-Hellersdorf mit 4.206 (12,1 %), Platz 4 Lichtenberg (4.012, 12 %), Platz 5 Treptow-Köpenick (3.363, knapp 10 %), Platz 6 Steglitz-Zehlendorf (2.477, 7,1 Prozent), Platz 7 Spandau (2.262, 6,5 %), Platz 8 Charlottenburg-Wilmersdorf (2.045, 5,9 %), Platz 9 Neukölln (1.738, 5 %), Platz 10 Friedrichshain-Kreuzberg (1.499, 4,4 %), Platz 11 Mitte (1.284, 3,7 %) und Platz 12 Reinickendorf (1.268, 3,6 Prozent) – wie gesagt, nicht mitgezählt die derzeit 4.500 Ukraine-Flüchtlinge in Tegel.

Liest sich erstmal trocken. Betrachtet man die Zahlen aber genauer, reibt man sich die Augen. Im Berliner Bezirk Pankow leben mit 16,7 Prozent die mit Abstand meisten Geflüchteten der Hauptstadt, im beinahe genauso großen nordwestlichen Nachbarbezirk Reinickendorf aber mit ganzen 3,6 Prozent die mit Abstand wenigsten (allerdings rund 4.500 ukrainische Geflüchtete). Die vier großen Ostbezirke Pankow, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg tragen, obwohl nur ein Drittel der 12 Bezirke, die Hälfte aller Flüchtlinge und damit deutlich mehr Belastungen an sozialer, verkehrlicher Infrastruktur und Integration.

Der BVV-Antrag fordert eine bessere Verteilung und mehr Geld: Pankow habe bisher einen berlinweit einmaligen Beitrag geleistet und werde das auch weiterhin tun. »Diese große Aufgabe ist allerdings, im Sinne einer Realpolitik in der Migrationspolitik, gesamtstädtisch zu bewältigen und darf nicht allein mehrheitlich von einzelnen Ortsteilen, Kiezen und Nachbarschaften getragen werden, die bereits jetzt unter erheblichen Defiziten der öffentlichen Infrastruktur leiden«, so Johannes Kraft. Hierzu zähle Buch, wo trotz hoher Aufnahmezahlen die öffentli-


che Infrastruktur trotz Förderprogrammen seit 2015 kaum mitgewachsen sei. »So wurde bislang weder das Bildungs- und Integrationszentrum auf der Brunnen-galerie errichtet, noch sind die längst überfälligen Sanierungsmaßnahmen an der Hufeland-Oberschule erfolgt.«

Pankows Bürgermeisterin Cordelia Koch (Grüne) hatte bereits Ende 2023 einen Brandbrief an den Senat geschrieben. Sie forderte eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel des Integrationsfonds – dieser müsse die unterschiedliche Verteilung in den Bezirken berücksichtigen. Fünf der acht Millionen Euro in dem Fonds würden aber zu gleichen Teilen über alle Bezirke verteilt, nur drei Millionen abhängig von der tatsächlichen Anzahl der aufgenommenen Geflüchteten. Bei den Finanzberatungen für »Mehrbedarfe Flucht in 2024/25« sei Pankow im Lenkungspre-mium gar nicht vertreten gewesen, wohl aber Reinickendorf und Friedrichshain-Kreuzberg, das aus Pankower Sicht »keine nennenswerten Unterbringungsplätze für Geflüchtete bereitstellt«. Eine Antwort des Senats steht weiter aus.

Das ärgert natürlich den Bezirk. Sprecher Tobias Schietzelt sagte dem »BB«: »Richtig ist, dass in Pankow bisher bereits 16 Prozent der in Berlin ansässigen Geflüchteten untergebracht sind, ohne dass das Land die notwendige Unterstützung bei der Integration leistet. Forderungen des Bezirks an das Land werden nicht beantwortet.« Cordelia Koch setzte sich aber »nach Kräften weiter dafür ein, dass die Verteilung der Gelder aus dem Integrationsfonds gerecht, also die Aufteilung unter Berücksichtigung der tatsächlich in den Bezirken untergebrachten Menschen, erfolgt«. Zur Flüchtlingsunterkunft Zepernicker Straße lägen dem Bezirksamt »keine Informationen« vor, weder vom LAF noch von »unserem Sozialbereich, der üblicherweise bei derartigen Projekten beteiligt wird«. Auch dieser habe »keine Hinweise auf ein derartiges Projekt«.

Das Gerücht Zepernicker Straße scheint vom Tisch. Aber die Ungleichverteilung der Flüchtlingsunterbringung und Integration zu Lasten unserer Region bleibt.

Mathias Heller

Datum: 06.04.2024	Medium: Bucher Bote
 <p><b>Bucher Bote</b> Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</p>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

## ■ Sicherer am Danewendplatz

Die CDU-Fraktion der Pankower BVV will einen Einwohnerantrag einbringen. Es geht um sicherere Schulwege und weniger Durchgangsverkehr in Karow, speziell im Kiez um den Danewendplatz. Unterschriften im Bürgerbüro (Berliner Str. 5, in Frz. Buchholz, Di-Do 10-17/Fr 10-16 Uhr) sowie digital unter [www.johannes-kraft.de/KarowerKiez](http://www.johannes-kraft.de/KarowerKiez).

Datum: 10.04.2024	Medium: Bezirksamt Pankow News
	Autor: na Thema: David Paul

## Béla-Bartók-Preis 2024 fördert Musikensembles

**Die Bezirksverordnetenversammlung freut sich, den Béla-Bartók-Preis in diesem Jahr zum fünften Mal zu verleihen.**

Im Rahmen eines Abschlusskonzerts des 61. Regionalwettbewerbs Nord von "Jugend musiziert Berlin" verlieh der stellvertretende Bezirksverordnetenvorsteher, David Paul, am 2. März den diesjährigen Béla-Bartók-Preis an zwei Duos:

**Ferdinand Lepinat** (Violoncello)  
**Kian Lee Özgünsür** (Klavier)

**Andrey Azpiri Munoz** (Klavier)  
**Michael Kabanovsky** (Klavier)

In seiner Rede zur der Preisverleihung betonte David Paul: "In einer Welt, die oft durch Unterschiede geteilt ist, dient die Musik als universelle Sprache, die zu den Tiefen unserer Seelen spricht. Bartók verstand dies sehr gut, denn er erforschte unermüdlich die Volkstraditionen seiner ungarischen Heimat und darüber hinaus und ließ sie mit Innovation und Ehrfurcht in seine Kompositionen einfließen."


In Würdigung des musikalischen Schaffens ergänzte er: "Lassen Sie uns heute nicht nur die Preisträger feiern, sondern

auch die zahllosen Musiker würdigen, die im Verborgenen arbeiten, angetrieben nicht von Ruhm oder Reichtum, sondern von der Liebe zu ihrer Kunst. Wie Bartók streben sie danach, Grenzen zu überschreiten, Konventionen in Frage zu stellen und ein bleibendes Vermächtnis für kommende Generationen zu hinterlassen."

### ÜBER DEN PREIS

Béla Bartók (1881-1945) war ein ungarischer Komponist, Pianist und Musikethnologe und gilt als einer der bedeutendsten Vertreter der Moderne. Pankows bezirkliche Musikschule und der Musikpreis der BVV tragen seinen Namen.

Der Preis geht auf einen Beschluss (VIII-0948) der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin vom 11.09.2019 zurück. Danach wird der Béla-Bartók-Preis als Förderpreis für Ensembles im Rahmen des Regionalwettbewerbs Nord von "Jugend musiziert Berlin" ausgelobt. Das Preisgeld in Höhe von 300 Euro wird auf Empfehlung einer oder mehrerer Fachjürs unter Berücksichtigung der gültigen Ausschreibung an ein oder mehrere Ensembles für deren herausragende Leistung vergeben.

Datum: 11.04.2024	Medium: Tagesspiegel Pankow NL
	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki

**Rosenthaler Schranken-Drama: Anwohner der Kastanienallee beklagen**

**"Versagen der Behörden"**. Schranken-Drama in Rosenthal: Die Kastanienallee muss nun ausbaden, was an der benachbarten Hauptstraße in Rosenthal nicht funktioniert. Letztere war bislang aufgrund einer Baustelle teilweise gesperrt. Doch die Sperrschranke wurde mehrfach demoliert – daraufhin wurde die Hauptstraße komplett gesperrt. „Mit dem Ergebnis, dass sämtliche Verkehre, auch der Bus der Linie 124, nun durch die ohnehin völlig überlastete Kastanienallee geführt werden“, beklagt die Anwohnerin **Magdalena Villanyi**.

**Die Baustelle der Berliner Wasserbetriebe** wurde Ende Januar auf der Hauptstraße zwischen Friedrich-Engels-Straße und Schönhauser Straße eingerichtet. Das Bezirksamt beklagte, das Durchfahrverbot sei von vielen Autofahrern ignoriert worden. „Teilweise missachteten mehrere Kraftfahrer:innen gleichzeitig das Rotlicht der Ampel und setzen sich selbst und den entgegenkommenden Verkehr dadurch einer erheblichen Gefahr aus“, hieß es in einer Mitteilung. „Zudem wurden ordnungswidrig und rücksichtslos Grünflächen und Gehwege befahren.“

„**Zur Gefahrenabwehr und zum Schutz des Fußgängerverkehrs**“ stellte das Bezirksamt Pankow auf dem südlichen Gehweg Poller auf. Mitte März wurde zusätzlich eine Schranke aufgestellt, die „ausschließlich von der BVG“ geöffnet werden sollte, damit weiter Busse fahren können. „Kurze Zeit später wurde jedoch die Schrankenanlage widerrechtlich versetzt und im Weiteren durch Anfahren stark beschädigt“, so das Bezirksamt. Nach der Reparatur sei die Schranke erneut stark beschädigt worden.

„**Es ist erschreckend**, in welchem Ausmaß sich Fahrzeugführer hier vorsätzlich verkehrswidrig verhalten und auch vor Straftaten nicht zurückschrecken“, kritisierte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU). Eine Vollsperrung der Hauptstraße sei „unumgänglich“.

**In der Kastanienallee zeigt man sich darüber fassungslos.** „Wir empfinden dies als Versagen der zuständigen Behörden“, sagt Villanyi. Die Sprecherin der Bürgerinitiative Kastanienallee kritisiert, dass man es sich damit zu leicht mache: „Warum wird hier keine durchgängige Verkehrskontrolle realisiert oder werden andere polizeiliche Maßnahmen ergriffen?“

**Durch die Vollsperrung der Hauptstraße** werde „sämtlicher Verkehr auf einen direkten Schulweg umgeleitet“, klagt Villanyi. Die Kastanienallee sei bereits „lebensgefährlich für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer“. Die Anwohner beklagen, dass die Straße insbesondere für den Schwerlastverkehr zu schmal ist und heruntergestuft werden müsste. Doch das werde von den Behörden erfolgreich ignoriert. „Diese Ignoranz gipfelt nun in einer neuen Belastung und stürzt die Kastanienallee vollends ins


Verkehrschaos“, kritisiert Villanyi. Mit der Umleitung werde das Problem in der Straße „weiter verschärft“.

**„Dritter Weg“: Pankow sieht keine Handhabe gegen öffentliche Auftritte der Rechtsextremen.** Die rechtsradikale Kleinstpartei „Dritter Weg“ macht sich im Osten der Stadt breit – auch in Pankow. So wurde unter anderem kürzlich das „Unabhängige Jugendzentrum Pankow“, kurz JUP, mutmaßlich von Mitgliedern der Partei attackiert. In Lichtenberg prüft das Bezirksamt nun eine „[...] rechtliche Prüfung zur Untersagung zukünftiger Anträge zur Nutzung öffentlichen Straßenlandes für Infostände des ‚III. Wegs‘“.

**In Pankow wird die Partei mittelfristig weiter öffentlich auftreten** und ihr völkisch-nationalsozialistisches Weltbild propagieren dürfen. Das hiesige Bezirksamt sieht für ein Werbeverbot auf öffentlichem Straßenland derzeit keine Basis, teilte es auf eine Anfrage des Linkspolitikers **Maximilian Schirmer** mit. Man führe keine Prüfung wie im Nachbarbezirk durch, „weil keine Vorkommnisse bezüglich der Genehmigungen in Pankow bekannt sind“, erklärte die zuständige Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU). „Solange die Partei ‚Der Dritte Weg‘ eine zugelassene Partei ist, gibt es zudem keine Versagensgründe.“

**Man pflege auch keinen Austausch mit dem Bezirksamt Lichtenberg** in der Frage, so die Stadträtin – „weil der Dritte Weg in Berlin nicht verboten ist und Verstöße nur gegen die jeweilige Genehmigung geprüft und ggf. geahndet werden können“.

**Zwar seien in diesem Jahr in Pankow neun Meldungen** zu „rechtsextremen/antisemitischen Schmierereien“ beim Bezirk eingegangen. Allerdings: „Inwiefern es sich hierbei um Aktivitäten der Partei ‚Der Dritte Weg‘ handelte, ist nicht recherchierbar.“

Datum: 11.04.2024	Medium: Tagesspiegel Pankow NL
<b>DER TAGESSPIEGEL</b> 	Autor: Christian Hönicke Thema: Manja Schreiner

**Tempo 30 ade: Auf diesen Hauptstraßen im Bezirk soll bald wieder 50 km/h gelten.** Apropos dicke Luft: Die ist offenbar an Berliner Hauptstraßen verflogen. Die neue Senatsverkehrsverwaltung plant deshalb die Wiedereinführung von Tempo 50 an jenen Streckenabschnitten, die 2020 auf Tempo 30 reduziert wurden – auch in Pankow. Damals sah man sich zur Drosselung gezwungen, um die Stickstoffbelastung zu reduzieren.

**Das soll nun wieder rückgängig gemacht werden.** Nach Angaben des Hauses von Senatorin **Manja Schreiner** (CDU) soll auf „sämtlichen Tempo-30-Strecken“, die zur Luftreinhaltung vor vier Jahren eingeführt wurden, überprüft werden, ob nun wieder Tempo 50 angeordnet werden kann. Insgesamt handelt es sich in Berlin um 41 Straßenabschnitte, darunter diese beiden in Pankow:

- Breite Straße: von Grabbeallee bis Mühlenstraße
- Danziger Straße: von Schönhauser Allee bis Schliemannstraße

**Hierzu heißt es in der neuesten Version** des „Luftreinhalteplans“, Tempo 30 sei „aus Luftreinhaltegründen nicht mehr erforderlich“.

**Auf einem Abschnitt im Bezirk** sieht das allerdings anders aus: auf der Schönholzer Straße in Pankow Kirche zwischen Wollankstraße und Parkstraße. Laut Luftreinhalteplan gehört die Strecke zu insgesamt sieben Straßen in Berlin „mit Beibehaltung von Tempo 30 aus Gründen der Luftreinhaltung“. Bei einer Wiedereinführung von Tempo 50 wäre die Einhaltung der Grenzwerte demnach nicht sicherzustellen.

**Die Verbände BUND und FUSS e.V.** lehnen das Vorhaben in ihren Stellungnahmen zum Luftreinhalteplan komplett ab. Sie kritisieren die Wiedereinführung von Tempo 50 auch deshalb, weil die EU gerade viel strengere Grenzwerte auf den Weg bringt, die Berlin fast überall reißen würde

Datum: 11.04.2024	Medium: Berliner Woche Online
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## EIN JAHR VERZÖGERUNG

# Ende der Baustelle endlich in Sicht



- Die Baustelle der Wasserbetriebe auf der Germanenstraße im Bereich des Ehrenamts Schönholz. Im Sommer sollen die Bauarbeiten endlich beendet werden.
- Foto: Bernd Wähler
- hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

**Auf der Germanenstraße und im Schönholzer Weg wird seit mehr als drei Jahren gebaut. Nun zeichnet sich endlich ein Ende der Bauerei ab.**

Die Berliner Wasserbetriebe erneuern hier auf 650 Metern Länge eine 1,2 Meter im Durchmesser starke Abwasserdruckleitung. Im Zuge dieser Arbeiten entstehen auch 830 Meter Abwasserkanäle und 180 Meter Trinkwasserrohre neu. Gebaut wurde in mehreren Bauabschnitten, um die Einschränkungen für den Verkehr und die Anwohner möglichst gering zu halten. Doch nun ist ein Ende der Bauarbeiten, die eigentlich bereits im April 2023 beendet sein sollten, in Sicht. Im Sommer soll die Baustelle beräumt sein.

Dass die Bauarbeiten länger als geplant dauerten, lag zum einen an der unklaren Lage von Leitungen anderer Versorgungsunternehmen. Diese mussten verlegt werden, damit die neue große Abwasserdruckleitung eingebaut werden konnte, berichtet die Stadträtin für öffentliche Ordnung und Verkehr, **Manuela Anders-Granitzki** (CDU), auf Anfrage in der BVV. „Hier kam es zwischen den Leitungsverwaltungen zu Abstimmungs- beziehungsweise Koordinierungsengpässen. Ein weiterer Grund war die zum Teil schwierige und sehr komplexe Verkehrsführung mit wechselnden Bauphasen unter Aufrechterhaltung eines einspurigen Richtungsverkehrs bei gleichzeitiger Anpassung der jeweiligen Baustellampel.“

Aktuell werde in Höhe des Ehrenmals Schönholz gebaut, so die Stadträtin. Hier ist die Einrichtung einer Baugrube zur Anbindung der Abwasserdruckleitung an das bestehende Kanalnetz vorgesehen. Die im Kreuzungsbereich Schönholzer Weg/Ecke Angerweg ebenfalls wieder geöffnete Fahrbahn dient ebenfalls der Anbindung der Abwasserdruckleitung an das nördlich gelegene Kanalnetz.

Vorgesehen ist, diese Arbeiten im Schönholzer Weg und in der Germanenstraße voraussichtlich im Juni/Juli 2024 zu beenden, teilten Vertreter der Berliner Wasserbetriebe dem Bezirksamt bei einer gemeinsamen Baubesprechung mit.

Datum: 12.04.2024	Medium: Berliner Woche Online
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

## EINE SONDERNUTZUNGSgebÜHREN

### Entlastung für die Gastronomie

**Gastronomen und Einzelhändler sowie Schausteller und Veranstalter brauchen bis zum Ende des Jahres keine Sondernutzungsgebühren zahlen, wenn sie die Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes beim Bezirksamt beantragen und genehmigt bekommen.**

**Manuela Anders-Granitzki** (CDU), Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, teilt dazu mit: „Der Senat hat sich verpflichtet, das Gastgewerbe, das Schausteller- und Veranstaltungsgewerbe, die Messe- und Kongresswirtschaft und den Einzelhandel für das Jahr 2024 von der Sondernutzungsgebühr für öffentliches Straßenland zu befreien.“ Das betrifft im Bereich Gastronomie unter anderem das Herausstellen von Tischen, Stehtischen und Sitzgelegenheiten, im Einzelhandel das Herausstellen von Waren und im Veranstaltungsgewerbe die Nutzung öffentlichen Straßenlandes für Straßenfeste und Veranstaltungen.

Darüber hinaus hat das Bezirksamt Pankow beschlossen, auch auf die Sondernutzungsgebühren von Mai 2023 bis zum 31. Dezember 2023 zu verzichten, informiert Anders-Granitzki. Sondernutzungsgebühren, die für diesen Zeitraum im vergangenen Jahr bereits bezahlt wurden, werden auf Antrag anteilig beziehungsweise vollständig zurückerstattet oder sie werden verrechnet. Diese Erstattungsanträge müssen allerdings im Kalenderjahr 2024 beim Straßen- und Grünflächenamte Pankow (SGA) eingegangen sein, um berücksichtigt zu werden. Das Antragsformular zur Erstattung ist auf der Website [www.berlin.de/ba-pankow/sondernutzung](http://www.berlin.de/ba-pankow/sondernutzung) zu finden.

Sind neue Anträge auf die Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes in diesem Jahr gestellt, werden die Sondernutzungsgebühren bis zum 31. Dezember 2024 dem Antragsteller erlassen. Für die Bearbeitung des Antrags wird eine Verwaltungsgebühr erhoben. Wird eine Sondernutzung über das Jahr 2024 hinaus beantragt, wird wieder eine Sondernutzungsgebühr ab dem 1. Januar 2025 erhoben.

„Nach einem Schreiben der Senatsverwaltung zum Umgang mit der Sondernutzungsgebühr haben wir nun eine verbindliche Grundlage für Gastronomen, eine finanzielle Entlastung umzusetzen“, erklärt Manuela Anders-Granitzki. „Das begrüße ich ausdrücklich, um Arbeitsplätze im Bezirk zu erhalten und den Wirtschaftsstandort Pankow weiter zu stärken.“ Die Stadträtin bittet um Verständnis, dass die Bearbeitung der Anträge dauern kann.

Datum: 12.04.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Lars Bocian

## REPUBLIK SAMBIA WIRD AKTIV

### Neue Hoffnung für ruinöse Villa



Die Villa vor Schönholz war viele Jahre ein „verlassener Ort“. Jetzt plant die Republik Sambia, sie zu sichern und renovieren zu lassen. Foto: Bernd Wähler. Hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

**Sie ist einer der prominentesten „vergessenen Orte“ im Bezirk: die Villa vor Schönholz. Einst ein ansehnliches Gebäude, verfällt sie immer mehr. Doch es gibt Hoffnung.**

In den vergangenen drei Jahren gab es dort 16 Polizei- und Feuerwehreinsätze, unter anderem weil es dort brannte oder sich Personen illegal in der Bauruine aufhielten. Doch nicht nur das Gebäude sieht heruntergekommen aus. Der Garten verwildert, Zaundurchbrüche sind inzwischen mit rot-weißem Flatterband provisorisch gesichert. Eine neue Nutzung war lange Zeit nicht in Sicht, denn die Immobilie gehört der Republik Sambia. Deshalb konnten weder das Bezirksamt noch der Senat tätig werden, um die Villa wieder zu beleben. Doch nun gibt es Hoffnung.

„Das Auswärtige Amt und das Bezirksamt Pankow befinden sich in regelmäßigem Austausch mit der Botschaft der Republik Sambia“, teilt der Chef der Senatskanzler, Florian Graf (CDU), auf Anfrage des Abgeordnetenhausmitgliedes **Lars Bocian** (CDU) mit. „Per Verbalnote vom 25. Januar 2024 an das Auswärtige Amt informierte die Botschaft der Republik Sambia, dass die Regierung der Republik Sambia die Entscheidung getroffen hat, das Gebäude zu renovieren, um es wieder für Botschaftszwecke nutzen zu können.“ Erste Maßnahmen würden die Errichtung eines neuen Zauns sowie ein Verschließen aller offenen Zugänge beinhalten. Ebenso solle ein Sicherheitsunternehmen beauftragt werden, welches die Bewachung des Geländes übernimmt, teilt die Botschaft mit.

Die Gründerzeitvilla an der Straße vor Schönholz 23 hat eine lange und bewegte Geschichte. Das Gebäude wurde im Laufe des vergangenen Jahrhunderts unter anderem als Restaurant, Altenheim, vom nahegelegenen Friedhof für die Aufbewahrung von Leichen, als Polizeidienststelle, von der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) und sogar mal vom Gewerbeamt Pankow genutzt. Anfang dieses Jahrtausends kaufte die Republik Sambia die Immobilie. Sie sollte saniert und als Botschaft hergerichtet werden. Doch dann entschied man sich anders und bezog ein Gebäude in Mitte. Seit dem steht die Villa leer.

Vor etwa zwei Jahren stellte die CDU-Fraktion in der BVV deshalb bereits den Antrag, dass das Bezirksamt prüfen solle, ob ein bezirklicher Fachbedarf für die Nutzung des Grundstücks an der Straße vor Schönholz 23 besteht. Dieser Verwaltungsschritt wäre nötig gewesen, denn erst wenn ein Fachbedarf besteht, könnten weitere Schritte gegangen werden, um die Immobilie wieder einer Nutzung durch den Bezirk zuzuführen. Doch das Bezirksamt teile nach Abfrage bei seinen Fachämtern mit, dass kein Fachbedarf bestehe. Dieser Vorstoß zur Rettung der Villa verlief ebenso im Sande wie der Vorschlag, die Villa als Baudenkmal einzustufen.

Dass die Villa vor Schönholz eine komplizierte Immobilie ist, musste auch der Bundestagsabgeordnete Stefan Gelbhaar (Bündnis 90/Die Grünen) erfahren: „Ich hatte mehrfach versucht, mit der Berliner Botschaft Sambias in Kontakt zu treten, bislang ohne Reaktion“, berichtete er vor einem Jahr. „Dicke Bretter wollen hier gebohrt werden.“ Er meinte, dass vielleicht zu prüfen wäre, ob die Botschaft Sambias bereit ist, das Grundstück zu veräußern oder es gegen ein anderes zu tauschen.

Umso überraschender ist jetzt die Nachricht, dass die Republik Sambia auf ihrem Grundstück jetzt doch selbst aktiv werden will.

Datum: 12.04.2024	Medium: Berliner Woche Online
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

## UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG

# Gehwegvorstreckungen und Piktogramme nötig



- Abgeordnetenhausmitglied **Johannes Kraft** sammelt Unterschriften für einen Einwohnerantrag für mehr Verkehrssicherheit in Karow.
- Foto: CDU Pankow/Tobias Koch
- hochgeladen von Bernd Wähler


**Gemeinsam mit Anwohnern möchte Abgeordnetenhausmitglied **Johannes Kraft** (CDU) für sicherere Schulwege und weniger Durchgangsverkehr in Karow sorgen.**

Deshalb sammelt er derzeit Unterschriften für einen Einwohnerantrag, der über die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gestellt werden soll. In diesem Antrag wird das Bezirksamt aufgefordert, vor allem die Verkehrssicherheit im Kiez um den Danewendplatz zu erhöhen.

Seit Jahren gibt es in den Straßen zwischen Hubertusdamm, Schönerlinder Weg, Lanker Straße, Grundackerweg und Bahnhofstraße immer mehr Durchgangsverkehr. So führt vor allem die seit nunmehr sechs Jahren andauernde Sperrung der Eisenbahnunterführung in der Pankgrafenstraße zu stetem Ausweichverkehr in den Anliegerstraßen. Besonders für die Schüler der Grundschule Alt-Karow entstehen dadurch brenzlige Situationen. Ein Teil ihres Schulweges befindet sich nämlich auf stark befahrenen Straßen, die nicht mal einen Gehweg haben.

Um für mehr Sicherheit zu sorgen, fordern die Karower, dass das Bezirksamt an geeigneten Stellen im Kiez Gehwegvorstreckungen schaffen und Piktogramme mit „Achtung Gefahr“ auf die Straße aufbringen soll. Parallel dazu sollen Gehwege gebaut und saniert werden. „Zahlreiche Anwohner haben sich zu diesem Thema bereits an mich gewandt“, berichtet Johannes Kraft. „In einem intensiven Dialog haben wir den Einwohnerantrag erarbeitet, der zum Ziel hat, die Situation vor Ort zu verbessern. Denn es geht hier um die Sicherheit unserer Kinder.“

*Der Einwohnerantrag kann in Krafts Bürgerbüro an der Berliner Straße 5 (13127 Berlin) Dienstag bis Donnerstag von 10 bis 17 Uhr und Freitag von 10 bis 16 Uhr sowie unter [www.johannes-kraft.de/KarowerKiez](http://www.johannes-kraft.de/KarowerKiez) unterschrieben werden.*

Datum: 12.04.2024	Medium: Bild
	Autor: Hidburg Bruns/Til Biermann Thema: Dirk Stettner

# Friedlicher Protest gegen Kongress der Israel-Hasser



vor dem Veranstaltungsort der Pressekonferenz demonstrierten Berliner mit Israel-Fahnen  
– der Ort des Kongresses war da noch geheim

In Tempelhof kommen Israel-Gegner zusammen – doch auf der Straße üben Berliner Solidarität mit dem jüdischen Staat.

Weiß auf schwarz steht es seit Freitagnacht an vielen Stellen auf dem Asphalt der Hauptstadt, gerade auch vor dem Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor: In Berlin ist kein Platz für Antisemitismus!

Die Kreide-Stempel ließ CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** (54) markieren. Er nennt den dreitägigen „Palästina-Kongress“ eine Schande für Berlin. Demonstranten mit weiß-blauen Israel-Fahnen protestieren friedlich in der Genter Straße (Wedding), wo die Organisatoren auf einer Vorab-Pressekonferenz ihre Hass-Parolen („Wir klagen an!“) herunterbeten – unter Ausschluss diverser Journalisten, u.a. B.Z., Welt-TV.



**CDU-Fraktionschef Dirk Stettner protestierte gegen den Kongress, setzte dazu Kreidemarkierungen und ein Fahrzeug mit LED-Leuchten ein**  
Foto: Ralf Günther

Ortswechsel nach Tempelhof, wo der Kongress um 12 Uhr in einem türkischen Hochzeitssaal (Germaniastraße) beginnen sollte. Dort sollen Israel-Hasser und Fans der Hamas auftreten – am 7. Oktober überfielen die Terroristen Israel, ermordeten bestialisch 1200 Menschen, verschleppten mehr als 200 Geiseln über die Grenze. Stundenlang darf keiner rein, es gibt Probleme mit dem Brandschutz. Wartende skandieren „Intifada bis zum Sieg“. Eine Ansage der Polizei vor dem Gebäude: „Es ist untersagt bei der Versammlung Puppen zu verbrennen und zu Gewalttaten und der Vernichtung des Staates Israel aufzurufen.“ Freitag sind allein 900 Beamte im Einsatz, bis Sonntag sind 2500 eingeplant.

Als der Saal für maximal 250 Personen geöffnet wird, versuchen Teilnehmer, Reportern die Sicht mit Palästinenser-Tüchern zu verhängen.

Es wird beklagt, dass das deutsche „Grenzregime“ die Einreise von Rednern verweigert habe. So dem geplanten Eröffnungsredner Salman Abu Sitta (86). Der Agitator hatte das Hamas-Massaker ausdrücklich verteidigt: Wäre er jünger, hätte er selbst an dem Terror-Überfall teilgenommen, schrieb der im Januar.

Datum: 12.04.2024	Medium: Energie Zukunft Online
<b>energiezukunft</b>	Autor: Manuel Grisard Thema: Johannes Kraft

Kokoni One

## Nachhaltiges Quartier im Berliner Norden nimmt Formen an



*Die meisten Häuser stehen bereits. Noch fehlt die Begrünung (naturstrom AG)*

Die ersten Menschen sind eingezogen, bis Ende 2025 soll alles fertig sein – von Wohnhäusern bis zur Streuobstwiese. Nachhaltig leben und wohnen im Berliner Projekt Kokoni One wird Stück für Stück Realität.

12.04.2024 – Vor der Bundestagswahl 2021 warf FDP-Chef Christian Lindner den Grünen in einem Interview mit der Zeit vor, aus Deutschland ein „Bullerbü“ machen zu wollen – „eine ländliche Dorfidylle mit subventioniertem Lastenfahrrad“, so wie es für Berlin schon gefordert werde. In eine gemeinsame Regierung mit Grünen und SPD ging der heutige Finanzminister trotzdem, mit

allen folgenden Querelen. Insbesondere beim Heizungsgesetz wurde derart hart gerungen, dass der Koalition mehrmals ihr Ende vorausgesagt wurde.

„Die Debatten zum Gebäudeenergiegesetz führten nur dazu, dass wir 2023 die mit Abstand höchsten Neubauzahlen von Gasheizungen hatten“, sagte **Johannes Kraft** von der CDU, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, für Buch, Französisch-Buchholz und Karow. Kraft war der Einladung von incept GmbH und der naturstrom AG gefolgt, die die Entwicklung einer emissionsfreien Energieversorgung im neuen Quartier Kokoni One in Französisch-Buchholz verantworten. Dort entstehen 84 Doppel- und Reihenhäuser, integriert in ein ganzheitlich nachhaltiges Konzept

Von nachhaltiger Wärmeversorgung bis Ladeinfrastruktur für Autos – alles, was die Politik aktuell nicht ausreichend voranbringe, werde hier in Eigenregie verwirklicht, lobte Kraft die Verantwortlichen hinter Kokoni One. Bei seiner Rede vor geladenen Journalist:innen auf dem Gelände von Kokoni One verschwieg Kraft indes, dass es auch seine CDU war, die in der Debatte zum Heizungsgesetz für erhebliche Verunsicherungen in der Bevölkerung sorgte. Zudem gelten 16 Jahre Unionsgeführte Bundesregierung bis 2021 unterm Strich als verlorene für Energiewende und Klimaschutz. Macher:innen der Energiewende bescheinigen der regierenden Ampel-Koalition deutlich mehr Willen Klimaschutz in Deutschland voranzubringen und Hürden abzubauen.

Im Quartier Kokoni One leben die ersten Bewohner:innen, die seit Frühjahr 2023 die bereits fertigen Häuser beziehen, das ganzheitlich nachhaltige Konzept. Neben Lastenrädern, haben die meisten Menschen, die ein Auto besitzen, auf E-Mobilität umgestellt. Und können ihre Autos an den serienmäßig verbauten Wallboxen des Quartiers aufladen. Den Strom dafür beziehen die Bewohner:innen von den Dachintegrierten Photovoltaik-Anlagen. Ist das Projekt einmal fertig gestellt, wird die Gesamtleistung der PV-Anlagen auf allen 84 Dächern 300 Kilowatt Peak betragen. Der Sonnenstrom fließt zudem in die

lokale Energiezentrale und steht für das Quartier als Mieterstrom bereit. Auch sorgt der Strom für den Betrieb von Wärmepumpen.

Die Wärmeversorgung im Quartier geschieht mittels eines Geothermie-Nahwärmenetzes. Sarah Debor, Geschäftsfeldleiterin Urbanes Wohnen und Gewerbe bei der naturstrom AG, erläutert: „In einer Tiefe von etwa 100 Metern unter dem Quartier entziehen 68 Erdwärmesonden dem Erdreich auf konstantem Temperaturniveau von etwa 10 Grad Celsius Wärmeenergie. Zwei zentrale Wärmepumpen heben die Temperatur dann auf 40 Grad an.“ Ein 1.200 Meter langes gedämmtes Niedertemperatur-Nahwärmenetz bringt die Heizenergie in die Gebäude.

Im Sommer werden die Energieflüsse umgedreht und zur Kühlung genutzt. Den Gebäuden wird überschüssige Wärme entzogen, die das Nahwärmenetz ins Erdreich zurückführt. „Zusätzlich gewinnt ein Rückkühler auf dem Dach der Energiezentrale bei Hitze weitere Wärmeenergie aus der Luft, die dann im Boden gespeichert wird“, führt Debor weiter aus. Nachhaltig sind auch die Wohngebäude selbst, die alle in Holzbauweise errichtet werden und – bis auf das Fundament und ohne Keller – fast ohne klimaschädlichen Beton auskommen. Das Holz dafür kommt aus nachhaltiger Forstwirtschaft in Finnland.



*Johannes Kraft und Sarah Debor in der Heizzentrale, dem Herz des Quartiers (naturstrom AG)*

Viele Häuser und die Energiezentrale stehen bereits. Drumherum wird weiter fleißig gewerkelt. Bis Ende 2025 sollen alle Häuser Einzug bereit sein. Bis dahin wird zudem viel Grün auf dem Areal Einzug halten. Die aktuell noch graue Fassade der Energiezentrale wird begrünt, am bereits fertigen Gemeinschaftshaus wird eine Streuobstwiese entstehen. Davor ein Spielplatz und Sportbereich, auf denen alle Menschen aus der Umgebung willkommen sind. In Berlin, angebunden an das Nahverkehrsnetz der Stadt und trotzdem einem Dorfidyll gleich, gleicht das Projekt einer positiven Vorstellung eines Bullerbüs, nach Astrid Lindgren.

„Ganzheitliche Energiekonzepte für komplette Quartiere wie hier bei Kokoni One in Pankow sind für die urbane Energiewende ein wichtiger Baustein“, so **Johannes Kraft**, der Mitglied des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen im Berliner Abgeordnetenhaus ist. „So wird es möglich, auch in Städten lokale Energiequellen optimal zu nutzen. Diese Vernetzung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität brauchen wir, um dem Ziel der Klimaneutralität zügig näher zu kommen.“

Tritt die Berliner CDU bei der Verkehrswende auf die Bremse, gibt sie sich beim Ausbau Erneuerbarer Energien für Wärme und Strom durchaus fortschrittlich. Gemeinsam mit der SPD kündigte sie nach der Wahl im letzten Jahr ein fünf Milliarden Euro schweres Sondervermögen für den Klimaschutz an. Der von der vorherigen rot-rot-grünen Regierung forcierte Rückkauf der Fernwärmeversorgung für Berlin von Vattenfall wurde vollzogen – wenn auch mit Abstrichen. Mit groß angelegten Bohrprojekten will der Berliner Senat vor allem die Tiefengeothermie für die Stadt nutzbar machen, Auch Abwärme soll ein wichtiger Faktor werden. Auch der Masterplan Solarcity wird fortgesetzt. Der Solarausbau in Berlin schreitet voran. Das Ziel: ein Anteil von 25 Prozent Solarstrom bis 2030. Dazu trägt auch das Projekt Kokoni One bei.

Datum: 13.04.2024	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

# No-Parking-Zonen für E-Scooter

**PANKOW:** Bezirksamt hat verpflichtende Abstellplätze mit einem Abstellverbot im 100-Meter-Radius eingerichtet

von Bernd Wähler

**Sie sind immer wieder ein Ärgernis und eine Gefahrenquelle für Fußgänger: kreuz und quer abgestellte oder gar herumliegende E-Roller und E-Scooter. Doch was unternimmt das Bezirksamt gegen diese Plage?**

Das wollte der SPD-Verordnete Mike Szidat auf Anregung der Seniorenvertretung Pankow wissen. Alle Grünanlagen im Bezirk sind inzwischen No-Parking-Zonen für E-Roller und E-Scooter, berichtet Manuela Anders-Granitzki (CDU), Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum. Im Straßenland habe das Bezirksamt außerdem an bisher acht Standorten verpflichtende Abstellplätze für Elektrokleinstfahrzeuge (EKF) eingerichtet. „Diese Abstellplätze werden durch die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt auf Antrag des Bezirksamtes mit einem Abstellverbot in einem 100-Meter-Radius versehen, sodass insbesondere an den Hot Spots das Abstellen bes-



**Wild abgestellte oder herumliegende E-Roller und E-Scooter wie hier an der Bötzowstraße sind ein Ärgernis. Das Bezirksamt hat bereits acht verpflichtende Abstellplätze eingerichtet. Weitere sollen folgen.** Foto: Bernd Wähler

ser reguliert werden kann“, erklärt die Stadträtin. Diese Abstellplätze mit einem Abstellverbot im 100-Meter-Radius befinden sich unter anderem an der Stargarder Straße, an der Oderberger Straße, an der Schwedter Straße, an der Raumer Straße und an der Dunkerstraße. Weitere elf dieser verpflichtende Abstellplätze für EKF sollen noch in diesem Jahr eingerichtet werden, unter anderem auf der Schön-

hauser Allee, an der Eberswalder Straße, an der Liebermannstraße und auch an der Romain-Rolland-Straße.


„Die Außendienstkräfte des Ordnungsamtes schreiten bei entsprechender Feststellung konsequent ein, wenn EKF auf Gehwegen so abgestellt werden, dass der Fußverkehr behindert oder gar gefährdet wird“, so Manuela Anders-Granitzki. Mit der Erweiterung des

„Bundeseinheitlichen Tatbestandskatalogs Straßenverkehrsordnungswidrigkeiten“ im September vergangenen Jahres „um zwei spezifische Ahndungstatbestände bezüglich des Abstellens von EKF“ sei nunmehr eine rechtssichere und einheitliche Ahndung gewährleistet, erklärt die Stadträtin weiter.

Die Anbieter der EKF werden von der Koordination des Au-

ßendienstes oder von der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle des Ordnungsamtes kontaktiert, wenn Beschwerden vorliegen, dass EKF beispielsweise auf Gehwegen oder auf Blindenleitplatten so abgestellt wurden, dass sie Fußgänger behindern. „In diesem Zusammenhang ist zuletzt die Erkenntnis gewachsen, dass die unterschiedlichen Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen ihrer Pflicht, unsachgemäß abgestellte Fahrzeuge umgehend zu entfernen, überwiegend nachkommen“, so Anders-Granitzki.

Damit noch mehr Abstellflächen für EKF zur Verfügung stehen, sei das Bezirksamt mit der BVG im Gespräch, um neben den allgemein zugänglichen verpflichtenden Abstellplätzen, auch das Netz der Jelbi-Stationen und Jelbi-Punkte auszubauen. Im Bezirk Pankow gibt es bisher drei Jelbi-Stationen und vier Jelbi-Punkte, so die Stadträtin. Dort können E-Bikes, E-Scooter, E-Motorroller oder auch Autos über die Jelbi-App ausgeliehen und auch abgestellt werden.

Datum: 14.04.2024	Medium: Radio Eins
	Autor: Podcast Die Sonntagsfahrer Thema: Johannes Kraft

Die Sonntagsfahrer

# Braucht Berlin eine Magnetschwebebahn?

So 14.04.24 | 12:10 Uhr




Magnetschwebebahn | © picture alliance / dpa | Carmen Jaspersen [Download \(mp3, 7 MB\)](#)

**Magnetschwebebahn für Berlin - das Thema ist umstritten. Jetzt gab es einen Besuch beim Magnetschwebebahnhersteller Max Bögl in der Oberpfalz. Mit dabei in Bayern waren nur zwei Berliner CDU-Abgeordnete. Einer von Ihnen: Johannes Kraft. Bei den Sonntagsfahrern spricht er über seine Eindrücke.**

Im März lud der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) die CDU- und SPD-Mitglieder des Verkehrsausschusses zu einem Besuch beim bayerischen Magnetbahnhersteller Max Bögl in Sengenthal ein. Die von der Senatskanzlei eingesetzte "Arbeitsgruppe Magnetschwebebahn" sollte sich vor Ort selbst ein Bild von dem Transportmittel machen, die Reisekosten sollten die Teilnehmer selber tragen.

Kritik gab es prompt von der SPD: Mathias Schulz, ebenfalls im Verkehrsausschuss, sagte nach der Einladung zum Tagesspiegel "„Es wirkt, als würde der Verkehrsverbund hier als Lobbyarm von Max Bögl auftreten." Die Kritik wirkte, SPD und VBB zogen sich komplett aus dem Ausflug zurück, auch Vertreter der Industrie- und Handelskammer sowie BVG-Chef Hendrik Falk blieben lieber in Berlin.

Das Interview können Sie [hier](#) hören.

Datum: 14.04.2024	Medium: Tagesspiegel Online
<b>DER TAGESSPIEGEL</b> 	Autor: Christian Hönicke Thema: Manuela Anders-Granitzki



## **T+ Kritik an „Versagen der Behörden“ in Berlin Eine Schranke spaltet Anwohner und Autofahrer in Pankow**

Eine Straße in Berlin-Rosenthal wurde wegen einer Baustelle teilweise gesperrt, doch Autofahrer zerstörten die Sperre mehrfach. Der Bezirk griff danach durch - nun leidet die Nachbarschaft.


Von Christian Hönicke  
15.04.2024, 11:58 Uhr

„Es ist erschreckend, in welchem Ausmaß sich Fahrzeugführer hier vorsätzlich verkehrswidrig verhalten und auch vor Straftaten nicht zurückschrecken“, kritisierte die zuständige Bezirksstadträtin **Manuela Anders-Granitzki** (CDU)

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/versagen-der-behorden-in-berlin-eine-schranke-spaltet-anwohner-und-autofahrer-in-pankow-11517425.html>

Datum: 15.04.2024	Medium: t-online
 Nachrichten für Deutschland	Autor: Matti Hartmann Thema: Lars Bocian

250 Euro für eine weggeworfene Kippe?

# Teurer als Rasen: Auf diesen Moment lauert das Ordnungsamt

Von **Matti Hartmann**

Aktualisiert am 15.04.2024 Lesedauer: 3 Min.



Mitarbeiter des Berliner Ordnungsamts im Berliner Mauerpark (Archivbild): Demnächst sollen Bußgelder drastisch erhöht werden. (Quelle: T.Seeliger/snapshot-photography/imago-images-bilder)

**In Berlin soll es bald 250 Euro kosten, eine Zigarettenkippe auf die Straße zu werfen. Wie oft Raucher überhaupt zur Kasse gebeten werden – und was Erwischte sagen.**

Normal in Berlin ist für Raucher folgendes Szenario: aufrauchen, gedankenlos die Kippe fallen lassen, nichts geschieht. Die Bürgersteige zeugen davon: Alles ist übersät mit Zigarettenstummeln.

Als sie kürzlich rauchend vor einer Haustür in Friedrichshain wartete, dachte sich Anne H. wahrscheinlich auch deshalb nichts dabei, dass wenige Schritte von ihr entfernt zwei

Mitarbeiter des Ordnungsamtes standen. Dass die beiden sie zu diesem Zeitpunkt bereits im Visier haben könnten und genau beobachteten, kam ihr nicht in den Sinn.

Anne H. zog noch zwei- oder dreimal. Dann war sie fertig, warf die Kippe auf den Boden und als sie gerade bei ihren Freunden klingeln wollte, bauten sich die beiden Uniformierten vor ihr auf: 55 Euro bitte. Die beiden vom Ordnungsamt hatten ganz offensichtlich auf diesen Moment gelauert.

## **Bußgelderhöhung soll Anfang 2025 kommen**

Dieser Betrag steht im Berliner "Bußgeldkatalog zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes", zuletzt geändert im Oktober 2019. Demnächst möchte Schwarz-Rot den Satz massiv erhöhen. Dann sollen 250 Euro für eine auf die Straße geworfene Zigarettenkippe fällig werden.

- **Illegale Müllentsorgung: So drastisch sollen die Bußgelder in Berlin steigen**

Der von CDU- und SPD-Fraktion gemeinsam erarbeitete Antrag zur Änderung des Bußgeldkatalogs befindet sich kurz vor der Einbringung in den parlamentarischen Geschäftsgang, teilte **Lars Bocian** von der Berliner CDU t-online mit. Es handele sich um einen wichtigen Schritt in Richtung saubere Stadt. "Das Inkrafttreten würde ich auf Anfang 2025 schätzen."

## **"Es fühlt sich unfair an, herausgepickt zu werden"**

Die geplanten 250 Euro werden vielen Berlinern, die knapp bei Kasse sind, sehr weh tun – und sie stehen im deutlichen Kontrast zum mangelnden Bewusstsein der Berliner Raucher, überhaupt etwas falsch zu machen. Nur die wenigsten ahnen vermutlich, wie viel Geld sie aufs Spiel setzen, wenn sie ihre Kippe in der Öffentlichkeit nicht ordnungsgemäß in einem Aschenbecher ausdrücken.

Es fühle sich unfair an, herausgepickt zu werden, berichtet die erwischte Raucherin Anne H. t-online. "Man fühlt sich geradezu persönlich gegängelt angesichts der vielen augenscheinlich ungeahndeten Fälle im direkten Umfeld."

## **So wenige Raucher werden zur Rechenschaft gezogen**

Dass jemand zur Kasse gebeten wird, passiert tatsächlich selten. In Reinickendorf wurden im vergangenen Jahr zum Beispiel gerade einmal 32 Verfahren wegen weggeworfener Zigaretten geführt. Von diesen mussten elf eingestellt werden, was dem Bezirksamt zufolge in der Regel dann passiert, wenn "der Tatnachweis" nicht zweifelsfrei erbracht werden könne.

Tempelhof-Schöneberg registrierte 48 Anzeigen wegen weggeworfener Zigarettenkippen, Plastiktüten, Einwegbecher oder ähnlicher Gegenstände, in Lichtenberg zählte das Amt 96 Barverwarnungsgelder und Ordnungswidrigkeitsverfahren. In Charlottenburg-Wilmersdorf waren es 194 "Verfahren wegen des Entsorgens von Zigarettenkippen, sonstigen Verunreinigungen, Hundekot und Ähnlichem". In Friedrichshain-Kreuzberg wurden den Behörden zufolge 2023 rund 600 "Vermüllungen" verschiedener Art geahndet.

Viele Bezirksämter können keine Zahlen nennen, weil die beim Ordnungsamt eingesetzte Software keine Auswertung "von konkreten Tatvorwürfen" erlaube, wie zum Beispiel Steglitz-Zehlendorf t-online auf Nachfrage mitteilte. "Der Verwaltungsaufwand für die händische Sichtung von über 2.000 Akten wäre unverhältnismäßig", befand das Bezirksamt Treptow-Köpenick.

## **Von "Schwerpunktaufgabe des Ordnungsamts" nichts zu spüren**


Fest steht aber wohl dennoch: Die Zahl der Menschen, die wegen weggeworfener Zigaretten zur Rechenschaft gezogen werden, ist verschwindend gering. Vor allem, wenn man sie ins Verhältnis setzt zu den geschätzten 500.000 Rauchern in Berlin, den vielen Hauptstadtbesuchern und dem Eindruck, der entsteht, wenn man fünf Minuten an einer einigermaßen belebten Kreuzung steht.

Dass der "Kampf gegen illegale Zigarettenkippen eine Schwerpunktaufgabe des Ordnungsamts" sei, wie das Bezirksamt Mitte schreibt, kommt in der Öffentlichkeit kaum an. Auch wenn gelegentlich Taschenaschenbecher verteilt werden, "um Zigarettenraucher nicht nur zu ahnden, sondern ihnen für die Zukunft auch eine umweltschonende und rechtmäßige Alternative anzubieten".

## **250 Euro müssen viele Raser nicht bezahlen**

Anne H. hätte sich gewünscht, erst informiert zu werden. Sie hätte eine Belehrung durchaus verstanden, sagt sie. Dass mehr als 1.000 verschiedene Chemikalien und Gifte in einem Zigarettenstummel stecken und dass die Filter viele Jahre benötigen, bis sie zu Mikroplastik zerfallen, sind Argumente, die sie überzeugen.

Sie schlägt darum mehr Sensibilisierung für das Thema durch bürgernahe Kommunikation und gegebenenfalls Kampagnen der Ämter vor und nutzt selbst inzwischen einen Taschenaschenbecher, wenn sie unterwegs ist. "Aber eine Erhöhung des Bußgelds auf 250 Euro ist einfach nicht verhältnismäßig." Wer 40 km/ außerhalb oder 30 km/h innerorts zu schnell fährt und damit Menschenleben in Gefahr bringt, kommt mit einem geringeren Bußgeld davon.

Datum: 15.04.2024	Medium: rbb
	Autor:L. Schwarzer/A. Sundermeyer Thema: Dirk Stettner

Haushaltsbeschluss

## Schwarz-Rot einig über Einsparungen im Haushalt für 2024

Mo 15.04.24 | 14:58 Uhr

 8



Video: rbb24 Abendschau | 15.04.2024 | L. Schwarzer/ A. Sundermeyer | Bild: dpa/B.v.Jutrczenka

Die Spitzen der schwarz-roten Regierung in Berlin haben sich in ihren Beratungen am Wochenende verständigt, wie das Defizit im Landeshaushalt für das laufende Jahr aufgelöst werden soll. Dabei geht es um ein Haushaltsloch im Umfang von 1,75 Milliarden Euro.

Die Spitzen der schwarz-roten Regierung in Berlin haben sich in ihren Beratungen am Wochenende verständigt, wie das Defizit im Landeshaushalt für das laufende Jahr aufgelöst werden soll. Dabei geht es um ein Haushaltsloch im Umfang von 1,75 Milliarden Euro.

Beschlossen wurde, dass jede Senatsverwaltung in ihrem jeweiligen Etat zwei Prozent kürzen muss, wie der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) und die Fraktionschefs von CDU und SPD, Dirk Stettner und Raed Saleh, am Montag mitteilten. Dadurch sollen rund 550 Millionen Euro zusammenkommen. Noch zu Jahresanfang hatte die Finanzverwaltung in einem Rundschreiben Kürzungen von 5,9 Prozent gefordert.

•

dasSchwamm

### *"Luft aus dem Haushalt ablassen"*

Der Großteil der erforderlichen Einsparsumme in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro soll nach den Planungen der Koalition erbracht werden, indem "Luft aus dem Haushalt abgelassen wird". Damit ist gemeint, dass Gelder, die zwar veranschlagt sind, aber voraussichtlich nicht gebraucht werden, genommen werden, um Löcher zu stopfen. Dabei handelt es sich beispielsweise um Personalmittel für unbesetzte Stellen, Zuweisungen an die Investitionsbank, die so nicht gebracht werden und Gelder für den öffentlichen Personennahverkehr, die zu großzügig bemessen waren.

Im Haushalt 2024 sind das beispielsweise Personalmittel für Stellen bei der Innen- und Bildungsverwaltung, die absehbar mangels Bewerbern nicht besetzt werden können. In der Koalition ist hier die Rede von 100 Millionen Euro. Im Verkehrsbereich geht Schwarz-Rot davon aus, dass 130 Millionen Euro für Zugbestellungen und Taktverdichtungen nicht gebraucht werden. Vorgesehen waren bisher auch 350 Millionen Euro für ein Sondermögen Wohnraumförderfonds bei der Landesbank IBB. Auch diese Summe wird in diesem Jahr nicht benötigt, sind sich CDU und SPD einig. Niedrigere Ausgaben werden zudem bei Zinsen und Betriebskosten erwartet.

### *Spardruck werde zunehmen*

Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) sagte am Montag, dass der Haushalt in den Jahren der Corona-Pandemie überproportional angewachsen sei. "Wir müssen jetzt wieder zu einem Normalstatus kommen." Ihm sei wichtig, dass die Modernisierung der Stadt weiter vorangetrieben und gleichzeitig ein Konsolidierungspfad beschritten werde. SPD-Fraktionschef Raed Saleh zeigte sich ebenfalls zufrieden. "Uns ist es gelungen, daran festzuhalten, Kürzungen bei den Bezirken zu vermeiden. Einen sozialen Kahlschlag wird es nicht geben."

Allerdings räumten Wegner und Saleh ein, dass der Spardruck nicht nachlässt, sondern im kommenden Jahr noch größer sein wird. 2024 weist der

Landeshaushalt ein Defizit von annähernd 2 Milliarden Euro auf. Hier kündigten der Regierende Bürgermeister und der SPD-Fraktionschef an, dass in diesem Jahr notwendige Entscheidungen über Kürzungen getroffen werden.

•

dpa/Satnik

### *Klimasonderfonds für Landesbetriebe*

Die Koalition hat sich ferner darauf verständigt, dass das geplante Klimasondervermögen nicht wie ursprünglich geplant als milliardenschwerer Sonderhaushalt neben dem normalen Landeshaushalt eingerichtet wird. Das gilt nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als nicht vereinbar mit der Schuldenbremse.

Stattdessen will Schwarz-Rot landeseigene Unternehmen mit hohen Summen ausstatten, damit diese Klimaprojekte vorantreiben. Die Rede ist von einem "zweistelligen Milliardenbetrag". In Frage kommen dafür Landesbetriebe im Energiebereich, aber auch Wohnungsbaugesellschaften, die Geld in Form von Eigenkapitalspritzen oder Darlehen bekommen könnten.

Nicht ausschließen wollen Koalitionspolitiker, dass es auch ein deutlich kleineres Sondervermögen Klimaschutz geben könnte. Dieses müsste sich aber auf ein Haushaltsjahr beschränken. Projekte müssten dann auch in diesem Jahr umgesetzt und abgerechnet werden. Das ist eine Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts. Die Finanzverwaltung soll mögliche Maßnahmen nun prüfen.

Datum: 16.04.2024	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

# Hubschrauber-Lärm: Tausende Helikopter-Flüge über Pankow

16.04.2024, 05:55 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten

 Von **Thomas Schubert**, Bezirksreporter



Hubschrauber sorgen verstärkt für Fluglärm im Himmel über dem Norden Berlins. In Pankow verzeichnet die Deutsche Flugsicherung jetzt einen Rekord. © dpa | Christoph Schmidt

Berlin. Eine neue Statistik zählt Hubschrauberflüge im Bereich des einwohnerstärksten Bezirks. Das sind die Auslöser für die vielen Manöver.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht

wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article241865976/Nach-toedlichem-Unfall-Diese-Konsequenzen-fordern-Experten.html>

Datum: 17.04.2024	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: Lars Bocian

# Hubschrauber-Lärm: So oft fliegt Pankows neuer Helikopter

17.04.2024, 12:30 Uhr • Lesezeit: 3 Minuten

 Von **Thomas Schubert**, Bezirksreporter



Erste Bilanz für den neuen Hubschrauber am Himmel über Berlin: Der Helikopter der DRF-Luftrettung am Klinikum Buch im Norden Pankows rettet Patienten – aber belästigt Nachbarn mit täglichem Geknatter. (Symbolfoto)© dpa | Daniel Karmann

Berlin. Erste Bilanz für neuen Rettungshubschrauber lässt Zunahme des Fluglärms zum Sommer befürchten. Prompt gehen erste Beschwerden ein.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article241865976/Nach-toedlichem-Unfall-Diese-Konsequenzen-fordern-Experten.html>

Datum: 18.04.2024	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: David Paul

# Freies Kiffen stellt Berlins Bezirke vor Riesen-Problem



Für Cannabiskonsum in Berlin gelten klare Regeln - doch die drohen Bezirke wie Pankow zu überfordern.

© dpa | Paul Zinken

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article242123136/Kiffen-auf-Berlins-Strassen-ein-Riesen-Problem-fuer-Bezirke.html>

Datum: 19.04.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Lars Bocian

## Geldautomat wird wieder aufgebaut

**Wilhelmsruh.** Ende Januar war der Bankautomat der Sparkasse in der Hauptstraße 13 gesprengt worden. An den Inhalt gelangte der oder die Täter damals zwar nicht, aber der Automat ist seitdem nicht mehr zu gebrauchen. Deshalb erreichte den Wahlkreisabgeordneten für Wilhelmsruh, **Lars Bocian** (CDU), eine Vielzahl von Bürgeranfragen, in denen sich die Wilhelmsruher darüber beklagten, nun Probleme bei der Erledigung ihrer Bankgeschäfte zu haben. Aus diesem Grund hat sich Lars Bocian mit der Sparkasse in Verbindung gesetzt. Nach langem Austausch erhielt er nun die Zusage, dass der Wiederaufbau und die Inbetriebnahme der SB-Station in den nächsten Tagen erfolgen werden. **BW**

Datum: 19.04.2024	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: David Paul

# Kopf-Prämie für Flüchtlinge – Pankow ringt um Krisenlösung



Fast jeder zweite Nachbar ein Flüchtling: Lokalpolitiker befürchten, dass die Akzeptanz der Stamm-Berliner im Kiez an der Storkower Straße in Prenzlauer Berg kippt. Der Bezirk Pankow kämpft um mehr Geld für Integrationsangebote - vergeblich.

© Thomas Schubert / BM | Thomas Schubert

Pankow kämpft als Primus bei der Flüchtlingsunterbringung für ein neues Modell. Und erklärt ein Rätsel zur Zahl von Heimbewohnern.

„Sofern sich die Bezirksbürgermeisterin dafür einsetzt, dass es eine faire Verteilung gibt, so ist dieser Einsatz bisher fruchtlos. Und es besteht berechtigter Zweifel, dass diese Darstellung zutreffend ist“, beklagt **David Paul**.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht

wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article242136738/Kopf-Praemie-fuer-Fluechtlinge-Pankow-ringt-um-Krisenloesung.html>

Datum: 19.04.2024	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: David Paul

## BORDSTEINE ABSENKEN

### Barrierefreiheit vor dem Kita-Verbund



- David Paul setzt sich für Bordsteinabsenkungen ein.
- Foto: CDU Pankow/Pavol Putnoki
- hochgeladen von [Bernd Wähler](#)

#### **Für Barrierefreiheit im Syringenweg setzt sich der CDU-Verordnete David Paul ein.**

Namens seiner Fraktion fordert er das Bezirksamt auf, den Gehweg im Bereich des Kindergarten-Verbunds im Syringenweg barrierefrei herzustellen. Dieser Kindergarten-Verbund verfügt über mehrere Häuser in einem bereits verkehrsberuhigten Teil des Blumenviertels. Unter anderem gehört die Integrationskita „Miteinander“ zu diesem Verbund. „Zwar ist der Fußweg vor dem

Kitagelände passabel ausgebaut, jedoch ist dieser bislang nicht barrierefrei zugänglich“, erklärt **David Paul**. „Um besonders Eltern mit Kinderwagen das Erreichen der Einrichtung zu erleichtern, sollte das Bezirksamt den Bordstein beidseitig des Syringenwegs an geeigneten Stellen absenken“, schlägt er vor.

Die Verordneten entschieden, sich mit diesen Antrag zunächst im Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung zu befassen.

Datum: 20.04.2024	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Johannes Kraft

## Finanzsenator zur Grundsteuer

### **FRANZÖSISCH BUCHHOLZ.**

Der Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner, und der Pankower Wahlkreisabgeordnete Johannes Kraft laden ein, um aus erster Hand über die jüngst beschlossenen Anpassungen der Grundsteuerreform mit Finanzsenator Stefan Evers (CDU) zu informieren. Die Veranstaltung findet am Donnerstag, 25. April, um 18 Uhr in der Treffpunktgemeinde, Hauptstraße 64, statt. Um Anmeldung an [kraft@johannes-kraft.de](mailto:kraft@johannes-kraft.de) wird gebeten. **my**

Datum: 20.04.2024	Medium: Berliner Woche Print
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Manuela Anders-Granitzki

# Schlechter Start in den Frühling

**PRENZLAUER BERG:** Tischtennisplatten und Bänke auf dem Stadtplatz Marie abgebaut

von Bernd Wähler

**Familien, die die Spiel- und Freizeitgeräte im gerade beginnenden Frühling nutzen wollen, stehen vor einer kalten Fläche: Auf dem Stadtplatz an der Marienburger Straße sind Tischtennisplatten, Bänke, Klettergerüste und Schaukeln abgebaut worden, berichtet die Verordnete Stephanie Wölk (SPD).**

Warum wurde hier alles abgebaut? Mit dieser Frage wandte sich die Verordnete an das Bezirksamt. „Die Geräte wurden aufgrund fehlender Verkehrssicherheit abgebaut. Der Boden ist stark durchwurzelt und es bestand Unfallgefahr“, erklärt die Stadträtin für Ordnung und öffentlichen Raum, Manuela Anders-Granitzki (CDU). Doch so schnell wird der Platz nicht wieder neu ausgestattet. „Sobald eine Finanzierung gesichert ist, wird der Platz kom-

plett neugestaltet“, informiert die Stadträtin. Aber: „Derzeit fehlen die haushaltstechnischen Voraussetzungen, um den Platz neu zu gestalten“, räumt sie ein.

Dabei ist dieser Stadtplatz für die rund 8500 Bewohner des Winsviertels eine wichtige grüne Oase. Noch in den 90er-Jahren stand auf dem etwa 7600 Quadratmeter großen Gelände das Rettungsamt Prenzlauer Berg. Nachdem dieses 1995 abgerissen worden war, reservierte die Stadt Berlin die Fläche als neuen Standort für eine Berufsfeuerwache. Ende der 90er-Jahre war Berlin aber finanziell so angeschlagen, dass an den Bau einer neuen Feuerwache nicht zu denken war. Eine Bürgerinitiative engagierte sich dafür, hier einen Stadtplatz anzulegen. Das Bezirksamt nahm Verhandlungen mit dem Senat über einen Zwischennutzungsvertrag auf. Dieser Vertrag konnte 1999


für zunächst zehn Jahre abgeschlossen werden.

Anwohner, Künstler, Schulen und Kitas entwickelten das Nutzungskonzept für den Platz mit. Nach mehrmonatiger Bauzeit konnte er im Mai 1999 eingeweiht werden. Ein Abenteuerspielplatz und ein Kleinkinderspielplatz waren entstanden. Ein kleines Amphitheater wurde ebenso gebaut, dazu ein Kiezzgarten, ein Feuchtbiotop und ein Wasserlauf angelegt. Zur Straße hin entstand eine kleine Piazza mit Platanen, Bänken und Tischtennisplatten. Mit Einsatz öffentlicher Mittel konnte später ein Jugendspielplatz gebaut werden.

Seit seiner Eröffnung ist der Stadtplatz, der in Anlehnung an den Straßennamen „Marie“ getauft wurde, eine grüne Oase im Kiez. Weil er ein ungewöhnliches Projekt mit großer Bürgerbeteiligung ist, wurde der

Stadtplatz 1999 mit dem Gustav-Meyer-Preis, 2000 mit dem Preis „Soziale Stadt“ und 2004 mit dem Europäischen Städtebaupreis ausgezeichnet.

Inzwischen nahmen Bezirksamt und Senat einen Flächentausch vor. Die neue Berufsfeuerwache soll nun an der Werneuchener Wiese entstehen, und der Stadtplatz Marie gehört dem Bezirk und ist dauerhaft als Grünfläche gesichert. Auch wenn der Stadtplatz Marie eine große Grünfläche ist, im Winsviertel gibt es immer noch ein Spiel- und Freizeitflächendefizit von 429 Quadratmetern, informiert Manuela Anders-Granitzki auf Nachfrage von Stephanie Wölk. Aufgrund der dichten Bebauung in diesem Kiez gibt es keine geeigneten Grundstücke, um dieses Defizit auszugleichen. Deshalb sollte der Stadtplatz Marie auch schnell wieder mit Spiel- und Sportgeräten sowie Bänken gestaltet werden.

Datum: 22.04.2024	Medium: Tagesspiegel Online
<b>DER TAGESSPIEGEL</b> 	Autor: Christian Hönicke Thema: Denise Bittner



Tagesspiegel Plus

## **„Gaeblers völlig skurrile Fantasiezahl“: SPD und CDU wollen deutlich weniger als 5000 Wohnungen auf Elisabeth-Aue**

Berlins Bausenator will die umkämpfte Fläche in Pankow maximal verdichten und dabei in die Höhe bauen. Die Vorgabe hält man selbst in seiner eigenen Partei für „nicht realistisch“.

Von **Christian Hönicke**  
22.04.2024, 16:35 Uhr

Fraktionsvorsitzende Bittner nennt Gaeblers Vorgabe eine „völlig skurrile Fantasiezahl“. Diese sei „mit den Beschlüssen der BVV und den im Einwohnerantrag festgehaltenen Anliegen der Pankower nicht im Ansatz vereinbar

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht

wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/gaebblers-vollig-skurrile-fantasiezahl-spd-und-cdu-wollen-deutlich-weniger-als-5000-wohnungen-auf-elisabeth-aue-11556566.html>

Datum: 23.04.2024	Medium: Berliner Zeitung
<b>Berliner Zeitung</b>	Autor: BLZ Thema: Johannes Kraft

## Grüne und CDU diskutieren über Güterstraßenbahnen in Berlin

Sollen Waren in Berlin in Zukunft auf Straßenbahngleisen transportiert werden? Im Berliner Abgeordnetenhaus herrscht darüber Uneinigkeit.

BLZ

23.04.2024 | 15:00 Uhr



Transportiert die Berliner Straßenbahn bald auch Waren? Die CDU will dazu eine Potenzialanalyse durchführen.

Volkmar Otto

Die Idee, Waren und Güter auf den vorhandenen Gleisen der Berliner Straßenbahn zu transportieren, hat im [Abgeordnetenhaus](#) von Berlin zu Diskussionen geführt. Wie der CDU-Abgeordnete für Pankow, [Johannes Kraft](#), auf seiner Facebook-Seite mitteilte, wurde im Haushalt Geld für eine Potenzialanalyse der Güterstraßenbahnen eingeplant. Kritik daran gab es von den Grünen.

Laut Kraft könnte durch den Einsatz von Güterstraßenbahnen die Verkehrssicherheit erhöht, der LKW-Verkehr reduziert und so die CO<sub>2</sub>-Emissionen verringert werden. Insbesondere im Osten Berlins gibt es Kraft zufolge ein gut ausgebautes Straßenbahnnetz zwischen Außenring und Innenstadt. Als Beispiel nannte er Einzelhändler am [Alexanderplatz](#), die direkt von der [Greifswalder Straße](#) aus beliefert werden könnten.

Die Grünen im Abgeordnetenhaus sehen das jedoch anders. In einer Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses sagte die Grünen-Politikerin Oda Hassepaß, dass es viele offene organisatorische Fragen bei der Umsetzung einer Güterstraßenbahn gebe, etwa wo und wie die Waren ein- und ausgeladen werden sollen. Außerdem sei das Tram-Netz der [BVG](#) schon jetzt stark ausgelastet. Kraft kritisierte während der Sitzung die Haltung der Grünen und betonte, seine Partei werde sich weiterhin für nachhaltige

Verkehrsprojekte einsetzen.

Quelle: [Johannes Kraft, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin](#) auf Facebook

Datum: 25.04.2024	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: Daniel Hauer

HOCHHAUS AN DER AUTOBAHN

## „Schäferei“-Kiez mit 2000 Wohnungen: Plan hat wunden Punkt

25.04.2024, 15:30 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten

Von **Thomas Schubert**

Bezirksreporter



Üppige Grünflächen und Wohnhäuser in Höhen von vier bis zu acht Geschossen: Das Quartier „Alte Schäferei“ in Pankow ist überraschend detailscharf geplant. Doch eine entscheidende Voraussetzung fehlt. © Bezirksamt Pankow | Bezirksamt Pankow

Berlin. Ökologisch mustergültig, riesengroß und grün: Pankows neuester Plan für ein Zukunfts-Stadtquartier kann eine Schwäche nicht kaschieren.

Schon von der Autobahn aus soll man ihn erblicken: einen **40 Meter aufragenden Hochhaus-Turm**, der vom Selbstbewusstsein der Investoren in einem Vorzeige-Stadtviertel mit 2000 Wohnungen kündigt. Nein, die „Alte Schäferei“, ein riesiges neues Stadtgebiet zwischen A114 und Schönerlinder Straße, ist **nicht einfach ein weiteres Zukunftsquartier**, das Planer auf Pankows Agrarflächen der DDR aus dem Boden stampfen.

„Die heutige Tram-Linie 50 fährt schon heute am Limit. Aber es werden ja noch viel mehr Bewohner dazuziehen, die dann mit Bussen fahren sollen. Aber eigentlich kann man Menschen erst einziehen lassen, wenn die S-Bahn-Anbindung steht“, betont **Daniel Hauer**.

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen.

Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article242181150/Schaeferrei-Kiez-mit-2000-Wohnungen-Plan-hat-wunden-Punkt.html>

Datum: 25.04.2024	Medium: Berliner Morgenpost
<b>Berliner Morgenpost</b>	Autor: Thomas Schubert Thema: Dr. Eva Scharfenberg

# Flüchtlinge im Baumarkt: Dieser unbeliebte Plan platzt

25.04.2024, 05:55 Uhr • Lesezeit: 6 Minuten



Betten für Flüchtlinge, wo Blumenerde lagerte: Diese Idee für einen brachliegenden Baumarkt in Berlin-Pankow scheitert nicht am politischen Willen. Das Problem liegt woanders. © Berliner Morgenpost | Thomas Schubert

Neue Ansage bei der Flüchtlingsunterbringung in Pankow: Baumarkt-Plan scheitert – zwei andere Projekte mit über 800 Plätzen starten.


„Es ist komplett ungerecht, dass Pankow so viele Menschen aufnehmen muss“, kritisiert der Bürgerdeputierte Mohammed El Ouahhabi. Und bringt damit die Stoßrichtung der Debatten im Ausschuss auf den Punkt, in dem die **Vorsitzende Eva Scharfenberg** (CDU) zu diesem Fazit kommt: „Die

Dauerprobleme, etwa um die [Unterkünfte in Buch](#), zeigen uns, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article242173178/Fluechtlinge-im-Baumarkt-Dieser-unbeliebte-Plan-platzt.html#:~:text=Ein%20sicher%20geglaubtes%20Projekt%20in,pl%C3%B6tzlich%20aus%20den%20Planungen%20verschwunden%20%E2%80%94>

Datum: 25.04.2024	Medium: Tagesspiegel Pankow NL
	Autor: Christian Hönicke Thema: Lars Bocian

## KIEZKAMERA



### **Hubschrauber-Einsatz: deutliche Zunahme von**

**Helikopterflügen über Pankow.** In – oder besser: über – Pankow gibt es seit diesem Jahr deutlich mehr Hubschrauberflüge. Das hat die Senatsverkehrsverwaltung auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten **Lars Bocian** mitgeteilt. Mit Stichtag 22. März wurden seit Januar bereits 1209 Helikopterflüge über dem Bezirk registriert – bei gleich bleibender Quote würden bis Ende 2024 knapp 5000 Flüge erreicht. Im gesamten vergangenen Jahr waren es dagegen nur 3478.

**Den Hauptgrund für die Zunahme des Rotorknatters** nannte die Senatsverwaltung auch: „Am 01.01.2024 erfolgte die Inbetriebnahme der Luftrettungsstation am Helios Klinikum in Berlin-Buch für den Rettungshubschrauber ‚Christoph 100‘.“ Bis Ende März war mit 853 Rettungsflügen durch den Bezirkshimmel bereits knapp die Hälfte des vergangenen Jahrs erreicht.

**Und wie sieht es mit Privatflügen aus?** Die spielen kaum eine Rolle in der Statistik. In den ersten drei Monaten transportierten gerade 16-mal Helikopter mutmaßlich betuchte Personen über die Pankower Staus hinweg.  
/ Foto: dpa

Datum: 26.04.2024	Medium: Berliner Woche
<b>Berliner Woche</b>	Autor: Bernd Wähler Thema: Dirk Stettner

## KIEZBUS SOLL ENDLICH FAHREN

# Siedlungsgebiete werden bald besser erschlossen sein



Nachdem es in den zurückliegenden Jahren schien, als würde das Thema „Kiezbus in Blankenburg“ auf Eis gelegt werden, nimmt sich die CDU/SPD-Koalition dieses Themas jetzt offenbar prioritär an.

In ihrem Koalitionsvertrag hatten die Berliner Regierungsparteien beschlossen, in bislang schlecht mit dem ÖPNV erschlossenen Gebieten Kiezbusse fahren zu lassen. Die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) arbeitet mit der BVG und den Bezirken inzwischen intensiv an der Realisierung weiterer Kiezbusprojekte. Priorität hat dabei der Kiezbus in Blankenburg, da in diesem Ortsteil besonders viele Einwohner deutlich außerhalb der Erschließungsradien des Nahverkehrsplans wohnen. Sie haben mehr als 500 Meter Fußweg zum nächsten ÖPNV-Angebot, teilweise sogar über zwei Kilometer Entfernung zurückzulegen.

Mit dem Bezirksamt Pankow und der BVG konnten zum Kiezbus Blankenburg inzwischen grundsätzliche Verständigungen erzielt werden. Demnach soll es ein Kiezbusangebot Montag bis Freitag von 6 bis 20 Uhr im 20-Minuten-Takt geben. Als Fahrzeuge sollen City-Kleinbusse des BVG-Subunternehmers Taxi-Innung eingesetzt werden. Die Busse haben elf Sitz- und zwölf Stehplätze. Weiterhin können sie einen Rollstuhl oder einen Kinderwagen befördern.

Die City-Kleinbusse sind deutlich leichter als normale BVG-Busse, nämlich nur 5,5 statt 12 Tonnen. Deshalb nimmt der Bezirk von seiner ursprünglichen 3,5 Tonnenbegrenzung für die Busse Abstand und akzeptiert nun deren übergangsweisen Einsatz auch auf unsanierten Straßen, sofern mittel- und langfristig sukzessive ein Straßenausbau im Bereich der Kiezbus-Linienführung vom Senat finanziert wird.

## Haltestellen stehen fest

Nun steht auch fest, wie der Kiezbus in Blankenburg fahren wird, informiert der Wahlkreisabgeordnete **Dirk Stettner**, der zugleich Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist. Die geplante Buslinie soll im Schmetterlingsprinzip östlich und westlich der Bahntrasse als „Ringlinie im Einrichtungsverkehr“ verlaufen. Für den östlichen Ring sind folgende Haltestellen vorgesehen: Ab S-Bahnhof Blankenburg über Bahnhofstraße, Krugstege, Alt-Blankenburg, Gernroder Straße, Suderoder Straße, Mühlenstraße, Straße 56, Straße 26, Treseburger Straße, Thaler Straße, Sulzer Straße, Triftstraße, Priesterstege und zurück über Krugstege, Bahnhofstraße bis S-Bahnhof Blankenburg. Der westliche Ring führt ab S-Bahnhof Blankenburg über Rudelsburgstraße, Königsteinstraße, Flaischlenstraße, Freischützstraße, Burgwallstraße, Straße 7 und zurück über Rudelsburgstraße bis S-Bahnhof Blankenburg.

Anfangs werden für die Ringbuslinien provisorische barrierefreie Haltestellen errichtet. Der endgültige barrierefreie Haltestellenausbau soll später zusammen mit der grundhaften Straßensanierung erfolgen. Der zunächst provisorische, barrierefreie Haltestellenausbau ist im aktuellen Haushalt durch die Koalition aus CDU und SPD finanziert, berichtet **Dirk Stettner**. Das Bezirksamt Pankow ist für die betreffende



Datum: 27.04.2024

Medium: Berliner Woche Print

**Berliner Woche**

Autor: Bernd Wähler

Thema: CDU-Fraktion Pankow

## Wie fährt die Linie M1 während der Bauzeit?

**PRENZLAUER BERG:** Ab 2025 wird die marode Brücke erneuert / Verordnete uneins über ÖPNV-Lösungen während der achtjährigen Bauzeit

von Bernd Wähler

Im kommenden Jahr beginnen die Bauarbeiten zur Erneuerung der Schönhauser-Allee-Brücke. Diese überspannt den S-Bahngraben im Bereich von S- und U-Bahnhof Schönhauser Allee. Weil die Arbeiten technisch sehr kompliziert sind, wird mit einer Bauzeit von sechs bis acht Jahren gerechnet. Von Einschränkungen besonders betroffen ist die Straßenbahnlinie M1.

Aktuell vorgesehen ist, dass für die Zeit der Bauarbeiten ein Schienenersatzverkehr eingerichtet wird. Ob das aber die optimale Lösung ist, darüber diskutieren derzeit die Pankower Verordneten. Anlass ist ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Keine Unterbrechung der Straßenbahn M1 für 6-8 Jahre in der Schönhauser Allee“, der von der Linksfraktion und den Verordneten der FDP mitgetragen wird.

In diesem Antrag fordern die Verordneten, dass sich das Bezirksamt bei den verantwortlichen Stellen dafür einsetzen soll, dass der Betrieb der für den Pankower Norden essenziellen M1 während der Brückenbauarbeiten nicht durch einen jahrelangen Schienenersatzverkehr mit Bussen unterbrochen wird. Stattdessen sollten „alle Möglichkeiten eines durchgängigen Weiterbetriebs der M1 ein weiteres Mal intensiv geprüft werden“. Die M1 darf nicht einfach unter-



Im Bereich der Schönhauser Allee Arcaden fährt die Straßenbahnlinie M1 über eine Brücke, unter der die S-Bahn verkehrt. Diese Brücke soll ab dem kommenden Jahr erneuert werden. Schienenersatzverkehr, Umleitung der Tram oder Ausweichen auf die U-Bahn? Die Pankower Verordneten sind uneins. Doch die Zeit drängt. Foto: Bernd Wähler

brochen werden, denn sie ist für den Pankower Nordwesten eine Art Lebensader, die täglich von Tausenden Menschen, insbesondere von Berufspendlern und Schülern genutzt wird“, erklärt die Bündnisgrüne ÖPNV-Expertin Silke Gänger. Die erforderlichen Umstiege zwischen Bus und Straßenbahn würden die Reisezeiten deutlich verlängern, kritisiert die Grünenpolitikerin. Gänger warnt außerdem vor einem zu erwartenden Anstieg des Autoverkehrs in dieser Zeit und fordert dringend eine Lösung, die eine durchgängige Beförderung auf der Linie M1 ermöglicht.

Um dies zu gewährleisten, schlägt die bündnisgrüne Fraktion mehrere Optionen vor. Eine Möglichkeit wäre eine Umleitung der Tram über Pappelallee, Wisbyer Straße und schließlich in die Berliner Straße auf die übliche Linienführung. Eine andere Variante sieht vor, die Straßenbahnschienen beider Richtungen auf jeweils die Straßenseite der Schönhauser Allee zu legen, auf der gerade nicht gebaut wird.

Die SPD-Fraktion hält solche Vorschläge ein Jahr vor Baubeginn zwar für „nett gemeint, aber kaum umsetzbar“. Sie

spricht sich hingegen für realistische und schnell umsetzbare Lösungen aus. Bereits 2019 wurden solche und ähnliche Möglichkeiten, wie die jetzt vorgeschlagenen, vom Bezirksamt gefordert, aber sie werden seitdem vom Senat einfach ignoriert. Außerdem sei die Verlegung der Straßenbahnschienen beider Richtungen auf die Straßenseite der Schönhauser Allee, auf die nicht gebaut werde, technisch kaum umsetzbar.


Daher reichte die SPD-Fraktion zum Antrag der Grünen einen Änderungsantrag ein, der dem Bezirksamt empfiehlt,

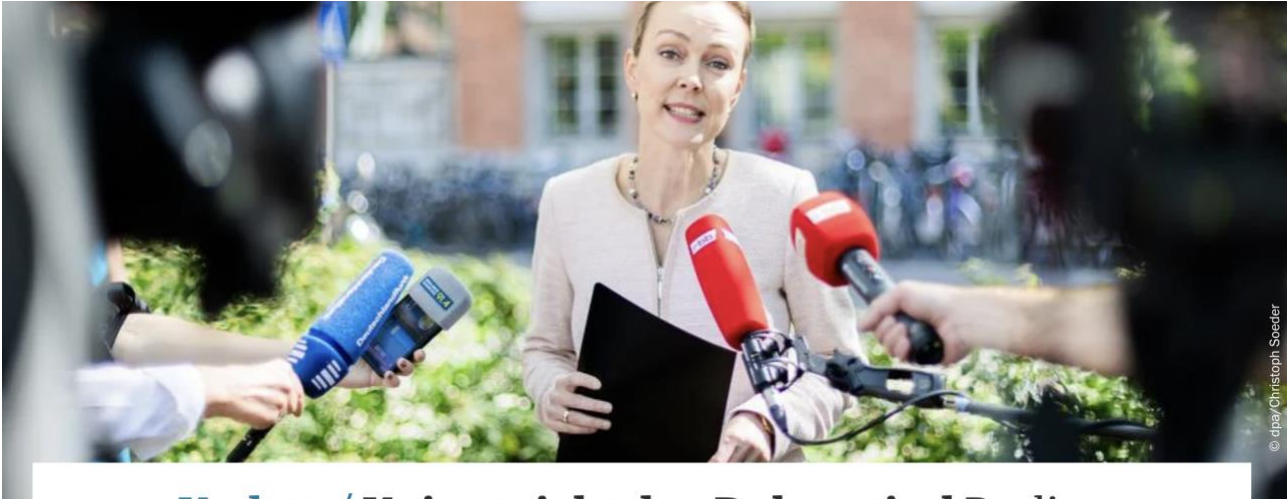
nachdrücklich bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt auf die Umsetzung des BVV-Beschlusses „Umleitungsverkehr der Tram-Linie M1 während der Erneuerung des Ingenieurbauwerks Schönhauser Allee optimieren“ vom 16. Februar 2022 hinzuwirken. Die Umsetzung dieses Beschlusses ermögliche eine kurzfristig umsetzbare Lösung.

In der CDU-Fraktion ist man indes der Meinung, dass viele ÖPNV-Nutzer die M1 sowieso nur als Zubringer zu einem der Bahnhöfe der U-Bahnlinie 2 nutzen. Diese fährt parallel

zur M1 über die gesamte Schönhauser Allee. Wenn dann noch der Schienenersatzverkehr mit Bussen über die Seite der Allee fährt, auf der nicht gebaut wird, ist die Schönhauser trotzdem mit dem ÖPNV gut erschlossen.

Weil es so unterschiedliche Meinungen zu diesem Thema in der BVV gibt, entschieden die Verordneten, sich mit dem Antrag der Bündnisgrünen und dem Änderungsantrag der SPD ausführlicher in einer der nächsten Sitzungen des BVV-Ausschusses für Mobilität und öffentliche Ordnung zu befassen. Fortsetzung folgt.

Datum: 30.04.2024	Medium: Tagesspiegel
	Autor: Christian Hönicke Thema: Manja Schreiner



## Update / Uni entzieht den Dokortitel Berlins Verkehrssenatorin Manja Schreiner tritt zurück

Die Universität Rostock entzieht Manja Schreiner ihren Dokortitel. Die CDU-Politikerin tritt als Verkehrssenatorin zurück – und kündigt Widerspruch gegen die Entscheidung der Uni an.

Von [Daniel Böldt](#), [Sophie Krause](#), [Christian Latz](#) und [Dominik Mai](#)  
30.04.2024, 13:20 Uhr | Update: 30.04.2024, 17:12 Uhr

Berlins Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** (CDU) hat nach einer Aberkennung ihres Dokortitels durch die Universität Rostock **ihren Rücktritt erklärt**. „Dies tue ich, um Schaden vom Berliner Senat abzuwenden“, sagte die 46-Jährige am Dienstag vor Journalisten.

Die Uni habe ihr mitgeteilt, dass sie ihr ihren 2007 verliehenen **Doktorgrad entziehen werde**. „Aus diesem Grund habe ich den Regierenden Bürgermeister von Berlin gebeten um eine Entlassung vom Amt als Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt“, sagte Schreiner.

„Ich habe an keiner Stelle meiner Dissertationsarbeit vorsätzlich getäuscht oder betrogen. Als Privatperson werde ich deshalb **gegen diese Entscheidung der Fakultät Widerspruch einlegen**“, erklärte Schreiner.

Die Juristin war vor einem Jahr, am 27. April 2023, als Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt im schwarz-roten Senat in Berlin angetreten.

Schreiner promovierte 2007 [an der juristischen Fakultät der Universität Rostock](#) zum Thema „Arbeitnehmerberücksichtigung im Übernahmerecht“. Anfang August wurden erste Plagiatsvorwürfe gegen die Arbeit erhoben. Schreiner bat daraufhin die Universität, [ihre Dissertation zu prüfen und verzichtete seitdem auf das Tragen ihres Dokortitels](#).

Schreiner und die CDU wissen nach Tagesspiegel-Informationen schon seit mehreren Tagen von der Aberkennung des Dokortitels. Nur die genauen Gründe und Schwere der Vergehen erfuhr man offenbar erst kurzfristig.

Wegner entlässt Schreiner „schweren Herzens“

Der **Regierende Bürgermeister** informierte die Senatorinnen und Senatoren in der Senatssitzung am Dienstag über das Rücktrittsgesuch. Wegner sagte am Mittag in einem Statement, er werde Schreiner auf ihren Wunsch hin als Senatorin entlassen.

„**Ich tue dies schweren Herzens**“, sagte Wegner im Roten Rathaus. „Manja Schreiner ist ein Gesicht und eine Stimme für eine dringend notwendige Verkehrswende in unserer Stadt, die die Ideologie der letzten Jahre überwindet und ersetzt durch pragmatische und lösungsorientierte Politik.“

Sie habe in ihrer Zeit als Senatorin die richtigen Schwerpunkte gesetzt und sich für eine Verkehrspolitik eingesetzt, die alle Verkehrsteilnehmer in den Blick nimmt. „Umso größer ist mein Respekt vor der Entscheidung von Manja Schreiner, um Entlassung zu bitten“, sagte Wegner. Damit zeige sie „einmal mehr, dass sie bereit ist, ihre persönlichen Interessen hinten anzustellen. **Eine solche Haltung ist bemerkenswert**“, sagte der Regierende Bürgermeister.

Zu einer **möglichen Nachfolge** sagte Wegner nichts. „Da sie mich heute Morgen um Entlassung gebeten hat, wird es Sie nicht verwundern, dass ich heute noch keine Kandidatin oder einen Kandidaten präsentieren kann“, sagte Wegner vor Journalisten. Er werde zeitnah Gespräche führen. „Hier geht es nicht um Schnelligkeit, hier geht es um Gründlichkeit. Hier geht es darum, eine Person zu finden, die für diese unideologische Verkehrspolitik weiter eintritt –

dass wir die Spaltung dieser Stadt, die eine grüne Verkehrssenatorin hinterlassen hat, überwinden.“

Wie die Uni Rostock die Aberkennung begründet

Die **Universität Rostock** bestätigte in einer Mitteilung am Dienstag die Aberkennung des Dokortitels. Schreiner sei am Montag, dem 29. April – ihrem Geburtstag – offiziell über das Ergebnis der Prüfung informiert worden.

„Kritisiert wird vor allem die Anzahl der wörtlichen Übernahmen, die nicht als wörtliche Textübernahmen den wissenschaftlichen Zitiergepflogenheiten entsprechend mit Anführungszeichen ausgewiesen sind“, heißt es in einer Mitteilung. Zwar habe Schreiner überwiegend Originalquellen angegeben und zitiert, jedoch sei der Fakultätsrat der Ansicht, dass die Übernahmen fremder Textpassagen auf die Arbeit „einen so prägenden Einfluss nehmen, dass deren Anfertigung nicht mehr dem Gebot der Eigenständigkeit entsprechen“.



Manja Schreiner während der Plenarsitzung im Berliner Abgeordnetenhaus am 1. Februar 2024.


© dpa/Soeren Stache

Nicht gesetzte Anführungszeichen würden zwar eine andere qualitative Bewertung zulassen als das Verschweigen der wörtlichen Übernahme des Textes sowie der Originalquelle, hieß es von der Uni. Insofern unterscheidet sich der Fall Schreiner von anderen bekannt gewordenen Fällen wie denen des früheren Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg und der früheren Bildungsministerin Annette Schavan ab.

Die Anzahl der wörtlich übernommenen Textfragmente gibt der Arbeit aber gleichwohl eine so starke Prägung, die das vorliegende Verfahren wiederum allein in quantitativer Hinsicht auch von Fällen unterscheidet, die (wie etwa der Fall Steinmeier) unter der von der verwaltungsgerichtlichen Praxis herausgearbeiteten ‚Erheblichkeitsschwelle‘ verbleiben“, erklärte die Uni.

Aufgrund der Menge der Fehler und ihrer qualitativen Gewichtung genüge das Werk aus Sicht des Fakultätsrats nicht den Ansprüchen an eine wissenschaftliche Arbeit.

Deshalb habe der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät den Beschluss gefasst, Manja Schreiner den 2007 verliehenen Dokortitel wieder zu entziehen.

Datum: 30.04.2024	Medium: Tagesspiegel
<b>DER TAGESSPIEGEL</b> 	Autor: Christian Hönicke Thema: Manja Schreiner



**T+** *Manja Schreiner verliert Dokortitel und Amt Berlins  
Verkehrssenatorin hätte ihren Rücktritt verhindern können*

CDU-Frau Manja Schreiner zeigt, dass es noch Politikerinnen gibt, die bereit sind, für Fehler Verantwortung zu übernehmen. Politisch unvermeidlich war die Entscheidung dennoch nicht.

Geraunt wurde es auf den Fluren des Abgeordnetenhauses und des Roten Rathauses schon länger, seit Dienstagvormittag ist es Gewissheit: [Manja Schreiner ist in Kürze nicht mehr Verkehrs- und Umweltsenatorin von Berlin.](https://www.tagesspiegel.de/berlin/manja-schreiner-verliert-dokortitel-und-amt-berlins-verkehrssenatorin-hatte-ihren-rucktritt-verhindern-konnen-11596634.html)

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen.

Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/manja-schreiner-verliert-dokortitel-und-amt-berlins-verkehrssenatorin-hatte-ihren-rucktritt-verhindern-konnen-11596634.html>